

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich
3.— Reichsmark voraus zahlbar.
Unter Streifenband im In- und
Ausland 3.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrier-
ten Sonntagsbeilage „Brot und Fett“
sowie den Beilagen „Unterhaltung
und Wissen“, „Aus der Welt“,
„Frauenstimme“, „Der Kinder-
freund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild
in die Böhmerwelt“ und „Kultur-
arbeit“ erscheint wochentags zwei-
mal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Dienstag, den 20. September 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsstellen: Berlin 87 138 — Hauptvertrieb: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65; Absatz-Geschäft, Poststraße Lindenstr. 2.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopier-
zeile 60 Pfennig, Reklamzeile
5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“
das festschriebene Wort 15 Pfennig
(zufällig zwei festschriebene Worte),
jedes weitere Wort 12 Pfennig.
Stellenangebote das erste Wort
15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig.
Kontingentsanzeigen für Abonnenten
Zeile 40 Pfennig.

Anzeigenannahme im Hauptgeschäft,
Lindenstraße 3, wochentags von
8 1/2 bis 17 Uhr.

Der Optanten-Konflikt in Genf.

Vorläufiges Kompromiß.

Die härteste Aushandlung, die der Völkerbundrat in den letzten Jahren zu machen hatte, ist, wenigstens zum Teil, nach wochenlangen Vorverhandlungen geknackt worden. Es handelt sich um den seit mehreren Jahren schwebenden ungarisch-rumänischen Konflikt, dem in wesentlichen folgender Tatbestand zugrunde liegt.

Die noch während des Krieges von der rumänischen Regierung als Vorbeugungsmittel gegen eine bolschewistische Revolution verhängte Agrarreform hat die entschädigungslose Enteignung von Großgrundbesitzern (angeblich auch von mittleren und kleineren Bauern) ungarischer Nationalität, insbesondere von etwa 300 ungarischen Optanten zur Folge gehabt. Ungarn brachte deren Klagen vor das ungarisch-rumänische Schiedsgericht, das sich mit Stimmenmehrheit für zuständig erklärte. Darauf zog Rumänien seinen Beisitzer aus dem Gericht zurück und legte dessen Tätigkeit lahm. Ungarn beantragte zwangsweise Einsetzung eines Ersatzrichters durch den Völkerbundrat, Rumäniens Gegenstoß ging dahin, den Rat zu ersuchen, die Unzuständigkeit des Schiedsgerichtes in dieser rein innerpolitischen rumänischen Angelegenheit proklamieren zu lassen.

Bier- oder fünfmal hat sich der Rat mit diesem äußerst schwierigen Problem befaßt, zuletzt im März dieses Jahres, immer erfolglos. Ein eingesehtes Unterkomitee (Chamberlain-Billejas-Sato) verhandelte wochenlang seit Beginn der Septembertagung mit den beiden Parteien, die ihrerseits alles taten, um die einzelnen Ratsmitglieder für ihren Standpunkt zu gewinnen.

Endlich kam jetzt die Angelegenheit vor den Rat. Das Unterkomitee hatte eine Kompromißformel ausgearbeitet, nach der die Zuständigkeit des Schiedsgerichtes grundsätzlich anerkannt wird, aber andererseits die Souveränität Rumäniens in der Durchführung der Agrarreform gewahrt werden soll; das Schiedsgericht müsse seine Tätigkeit auf solche Fälle beschränken, wo ungarische Staatsangehörige „in ihrer Eigenschaft als solche“ enteignet worden seien.

Rumänien erklärte sich, wenn auch wider Willen und unter grundsätzlichem Protest, mit dieser Lösung einverstanden. Um so hartnäckiger lehnte sie Ungarn ab. Apponyi-Ungarn und Titulescu-Rumänien hielten lange und leidenschaftliche Reden. Stresemann verteidigte infolgedessen den ungarischen Standpunkt, als er in der Rahmung des Schiedsgerichtes durch Rumänien eine Gefährdung des gesamten Prinzips der Schiedsgerichtsbarkeit erblickte.

Nach einer bewegten Schlußsitzung, in der Chamberlain seinem Unwillen über die ungarische Hartnäckigkeit energisch Ausdruck verlieh und sogar sein Amt als Mitglied des Unterkomitees niederlegen wollte, wurde endlich eine provisorische Einigung erzielt, indem der erste Teil des Vorschlages angenommen wurde, während die Gesamtbestimmung auf die Dezembertagung verschoben wurde, damit sich die beiden Regierungen bis dahin zu dem Vorschlag äußern und sich vielleicht auf dieser Grundlage bis dahin einigen.

Letzteres ist allerdings wenig wahrscheinlich, da die Erbitterung auf beiden Seiten außerordentlich groß ist. Rumänien bezeichnet es als eine Lebensfrage in politischer und finanzieller Hinsicht, daß ihm bei der Durchführung seiner Agrarreform nicht von außen dazwischengeschoben wird, Ungarn appelliert an die Solidarität der kapitalistischen Staaten zugunsten seiner enteigneten Großgrundbesitzer, die einer „bolschewistischen“ Agrarreform zum Opfer fielen. So wird sich wohl der Rat im Dezember und vielleicht auch noch später mit diesem Konflikt befassen müssen. Außerdem hat Stresemann vorgeschlagen, daß im Nichteinigungsfall der Haager Schiedsgerichtshof sich über die rechtliche Seite der Kompromißformel äußere. Eine endgültige Beilegung ist also nicht so schnell zu erwarten, obwohl der Konflikt schon seit mehr als fünf Jahren schwebt!

Völkerbund und Weltwirtschaftskonferenz.

Genf, 19. September. (Eigener Drahtbericht.)

Die zweite Kommission der Völkerbundsversammlung hat am Montag die Aussprache über die Ergebnisse der Wirtschaftskonferenz abgeschlossen. Die Vertreter von rund 20 Ländern sprachen dabei die volle Zustimmung zu den Entschlüssen der Wirtschaftskonferenz aus. Als einer der ersten Redner führte Dr. Breitscheid aus, die drei großen positiven Erfolge der Wirtschaftskonferenz seien: 1. daß keine Zoll-erhöhungen mehr vorgenommen werden, 2. die Meistbegünstigungsklausel eine allgemeine Anwendung finden und 3. die Beschränkungen und Hindernisse im internationalen Handel beseitigt werden sollen. Mit besonderer Genugtuung wurde seine Mitteilung aufgenommen, daß der deutsche Reichswirtschaftsrat beauftragt sei, diejenigen Zollpositionen zu überprüfen, die eine weitere Herabsetzung erfahren können, neben der bedeutenden allgemeinen Herabsetzung des Zolltarifs durch das Zustandekommen des deutsch-französischen Handelsvertrages. Breitscheid sprach die Hoffnung aus, daß andere Länder bald dem deutsch-französischen Beispiele folgen werden. Er wies nachdrücklich darauf hin, daß es sich bei der Ausführung der Entschlüsse der Wirtschaftskonferenz nicht nur um Ziffern und Roh-

stoffe, sondern auch um die Wahrung der Interessen der Konsumenten und der Arbeiter handeln müsse. Er schloß mit der Erklärung, daß die Wirtschaftskonferenz ein vielversprechender Anfang sei, um für die Gestaltung der Nachkriegswirtschaft neue Wege zu finden, die sie notwendig brauche.

Sehr eindringlich sprachen für die baldige Verwirklichung der Beschlüsse der Wirtschaftskonferenz die Vertreter Englands, Hollands, Dänemarks und Finnlands. Der Vertreter Schwedens brachte eine Entschließung ein, in der die Völkerbundsversammlung die möglichst rasche Durchführung der Entschlüsse der Wirtschaftskonferenz über die Zolltarife und die Handelspolitik empfiehlt, und zwar nicht nur für jeden einzelnen Staat, sondern vor allem auch durch Abschluß von Handelsverträgen unter allgemeiner Anwendung der Meistbegünstigung.

Hinsichtlich der Schaffung eines ständigen Organs für die weitere Verfolgung der Aufgaben der Wirtschaftskonferenz machte Loucheur den Vorschlag, neben dem Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes, der unverändert bestehen bleiben sollte, eine besondere beratende Wirtschaftskommission von etwa 40 Mitgliedern zu bilden. Ihre Zusammenfassung soll ähnlich sein wie die des ehemaligen Sachverständigenausschusses zur Vorbereitung der Wirtschaftskonferenz. Dr. Breitscheid erklärte sich für Deutschland mit diesem Vorschlag einverstanden, unter dem Vorbehalt, daß das Internationale Arbeitsamt in der neuen Kommission unbedingt wieder vertreten sein müsse, vor allem durch Arbeitervertreter, da die Arbeiterschaft viel zu wenig berücksichtigt sei. Neben den Konsumenten müßte auch das Institut für wissenschaftliche Arbeitsmethoden eine Vertretung erhalten.

Ein Sozialdemokrat im neuen Völkerbundsrat.

Finnland, das am Sonnabend zum ersten Male im Völkerbundrat seinen Sitz eingenommen hat, war dort durch den inzwischen in Genf eingetroffenen Außenminister der sozialdemokratischen Regierung, Genossen Bojanna, vertreten. Wie wir hören, hat die finnische Regierung beschlossen, auch künftig ihren Außenminister zu jeder Ratssitzung nach Genf persönlich zu entsenden.

Belgiens Ministerrat billigt Wanderveldes Tätigkeit.

Brüssel, 19. September. (W.B.)

Im Kabinettsrat erlatete heute der Minister des Äußerlichen Wandervelde Bericht über die Umstände, die bei der Abstimmung in der Völkerbundsversammlung zu der Ablehnung des Antrages auf Wiederwählbarkeit Belgiens geführt hatten. Der Minister äußerte sich ferner über verschiedene Verhandlungen, die er in Genf mit den Außenministern anderer Länder geführt hatte. Der Kabinettsrat nahm Kenntnis von seinen Erklärungen und billigte seine Maßnahmen und die über die Abstimmung abgegebenen Erklärungen.

Wahlerfolg in Niederösterreich.

Ruhlose Szene der Reaktion.

Wien, 19. September. (Eigenbericht.)

Am Sonntag wurden in fünfzehn niederösterreichischen Gemeinden die Gemeinderäte neu gewählt. Es waren die ersten politischen Wahlen nach den blutigen Wiener Ereignissen vom 15. Juli. Die bürgerlichen Parteien hatten den Wahlkampf mit den ärgsten Verleumdungen der Sozialdemokratie geführt, in der Hoffnung, ihr eine Niederlage beibringen zu können. Es hat sich aber gezeigt, daß die Sozialdemokraten mit Ausnahme einiger ganz kleiner Orte ihren Besitzstand ungeschmälert behauptet haben; in manchen Gemeinden haben sie sogar recht beträchtlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen.

Pilsudskis Pressezwang aufgehoben.

Vom Sejm zum zweitenmal.

Warschau, 19. September. (Eigenbericht.)

Der Sejm ist am Montag nach einer längeren Pause wieder zusammengetreten und befaßte sich u. a. mit dem Pressekrieg, das nach einer längeren scharfen Debatte mit großer Mehrheit abgelehnt wurde.

In seiner nächsten Sitzung wird der Sejm über ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung abstimmen, das vom ukrainischen Klub und der unabhängigen Bauernpartei eingebracht worden ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Regierung die Stellungnahme des Sejm gegen sie mit einem plötzlichen Schluß der Session und mit Auflösung der Parlaments beantwortet. Ministerpräsident Pilsudski ist nach Warschau zurückgekehrt, was man nicht erwartet hatte, und woran aTerhand Sensationsgerüchte geknüpft werden.

Angleichung...

Ueble Entwicklung der österreichischen Justiz.

Von Kurt Rosenfeld.

In der heutigen Zeit der Vorbereitung einer deutsch-österreichischen Rechtsangleichung ist es besonders interessant zu beobachten, in welcher Weise die österreichische Justiz die Wiener Unruhen vom 15. und 16. Juli „rechtlich“ erledigt. Deshalb verlohnt es sich schon, auf Grund der Ergebnisse der am 3. September in Wien begonnenen Justiztagung einen Blick auf diese Verhandlungen und Entscheidungen zu werfen, zumal die jenseits der deutschen Grenze mit größter Spannung verfolgten Vorgänge im Gerichtssaal in Deutschland fast unmerklich vorübergegangen sind.

Bei den bisher juristisch erledigten Fällen handelte es sich um die Aburteilung von meist jungen Leuten, die teils aus Reugier, teils aus politischem Interesse sich unter die auf den Straßen versammelten Menschenmassen gemischt hatten und dabei das Strafgesetz verletzt haben sollten, jenes alte noch geltende Gesetz, das formell erst aus dem Jahre 1852 stammt, tatsächlich aber nur wiederholt, was bereits im Jahre 1803 (!) gesetzlich festgelegt wurde. Gegen die kleinen „Verbrecher“ ergab es wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung Polizeistrafen von einem Tag bis zwei Wochen Arrest. Gegen diejenigen, die sich schwerer vergangen haben sollen, denen Verleumdung oder Bedrohung der Wache, Körperverletzung, Aufruhr, öffentliche Gewalttätigkeit und vor allem Erpressung (!) zur Last gelegt wird, finden die Verhandlungen in diesen Wochen vor den Schöffengerichten (zwei Richtern und zwei Laien) statt. Die schwersten Delikte (Brandstiftung, Aufruhr, Aufwiegelung) sollen erst im Oktober von den Schwurgerichten abgeurteilt werden.

Auf Grund meiner Beobachtungen in den Wiener Gerichtssälen kann ich sagen, daß die deutsch-österreichische Rechtsangleichung in politischen Prozessen gegen die Arbeiter bereits in hohem Maße durchgeführt ist. Die Klassejustiz zeigt sich in Oesterreich nicht weniger trah und brutal als bei uns. Sie vollzieht sich auch dort in Formen, die vielfach an Vorgänge in deutschen Gerichtssälen erinnern.

In zweifacher Beziehung fand ich im österreichischen Verfahren — äußerlich allerdings — erfreuliche Abweichungen vom deutschen Strafprozeß: die Schöffen (Frauen und Männer) tragen drüber Robe und Barett wie die gelehrten Richter, und die Verteidiger sitzen ebenso wie die Staatsanwälte auf erhöhten Sigen wie die Richter. In beiden Tatsachen kommt eine Gleichstellung der Beteiligten zum Ausdruck: der Laienrichter mit den gelehrten, der Rechtsanwält mit den Gerichtspersonen. Ohne die Bedeutung der Formen zu überschätzen, muß man doch sagen, daß diese äußerliche Gleichstellung erfreulich ist. Gewiß sind die Roben überhaupt überflüssig. Wenn sie aber getragen werden, ist es nur richtig, daß Schöffen und Juristen gleich behandelt werden. Vielleicht hilft diese formelle Gleichstellung mehr als alle theoretischen Belehrungen, den Laienrichtern die Minderwertigkeitsgefühle zu nehmen, die sie häufig gegenüber den gelehrten Richtern haben. Der Platz im Gerichtssaal ist gewiß nicht entscheidend. Und doch ist die Beseitigung der in Deutschland üblichen „Rangordnung“ erfreulich, da die Gleichstellung der Anwälte mit den Staatsanwälten und Richtern auch äußerlich zum Ausdruck bringt, daß der Verteidiger ein den anderen Prozeßbeteiligten gleichberechtigter Faktor bei der Rechtsfindung ist. Mir schien, daß die Verteidiger in Oesterreich einen viel größeren Spielraum haben als in Deutschland.

Oesterreichische Richter sind ebenjowenig wie die deutschen über einen Kamm zu scheren. Ich erlebte einen wohlwollenden, von sozialem Geist und politischem Verständnis erfüllten Richter. Ich sah aber auch einen Richter, der sich dem schlimmsten deutschen Klassenrichter ebenbürtig erwies, den angeklagten Arbeiter nicht verstand, ihn aus seiner arbeitserfreundlichen Grundstimmung heraus auch gar nicht verstehen konnte und wollte. Dieser Richter kannte die Akten sehr gut, aber er verfiel infolgedessen der Auffassung, daß alles, was den Akten nicht entspricht, nicht wahr sein konnte. Der ihm überantwortete Angeklagte, ein fünfzehnjähriger Hilfsarbeiter, sollte sich dadurch strafbar gemacht haben, daß er nach den furchtbaren Schießereien der Polizeibeamten, als Verwundete hilflos am Boden lag, ein Auto angehalten hatte. Im polizeilichen und gerichtlichen Vorverfahren hatte er über die Absichten, die er mit dem Anhalten des Autos verfolgte, keine Angaben gemacht.

Als er in der mündlichen Verhandlung als Grund angab, daß ein Verwundeter mit dem Wagen fortgefahren werden sollte, brauste der Richter auf: „Jetzt plötzlich sagen Sie das! Das haben Sie doch erst gestern in der Zeitung gelesen!“ Der Richter schrie: „Wie konnten Sie verschweigen, was an Ihrer Handlung gut war!“ Angeklagter: „Ich war niedergeschlagen, weil ich verhaftet war.“ Der Richter: „Wenn man niedergeschlagen ist, sagt man um so eher aus, was einen entlasten kann!“ Nichts wußte dieser Richter offenbar von den Wirkungen der Verhaftung auf einen

Menschen, der noch niemals mit den Gerichten in Konflikt geraten war.

Unter den bisherigen Verhandlungen spielten gerade die Anklagen wegen des Anhaltens von Kraftwagen eine große Rolle. Und besonders diese Prozesse haben zu ganz eigentümlichen juristischen Konstruktionen geführt. Zunächst sah die Polizei in dem von Drohungen begleiteten Anhalten von Autos nur eine Uebertretung der öffentlichen Ordnung. Dann aber bemächtigten sich die Juristen dieser Fälle und konstruierten, vielleicht um den furchtbaren Worten des Bundeskanzlers Dr. Seipel gerecht zu werden: „Verlangen Sie von mir keine Milde“, den Tatbestand der — — — Erpressung! In Oesterreich setzt nämlich der Erpressungsparagraph nicht eine Bereicherungsabsicht voraus, sondern lediglich eine gefährliche Drohung gegen Körper, Freiheit, Ehre oder Eigentum, die zu dem Zweck begangen wird, einen anderen zu einer Leistung, Duldung oder Unterlassung zu zwingen.

Die Unhaltbarkeit dieses Erpressungsbegriffs ist heute auch in Oesterreich allgemein anerkannt. Der österreichische Strafgesetzentwurf verlangt wie das in Deutschland bereits geltende Strafgesetz als Voraussetzung für eine Bestrafung wegen Erpressung die Absicht der unrechtmäßigen Bereicherung. Man hat eben eingesehen, daß der alte Erpressungsbegriff nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Die Anklagen wegen Erpressung, begangen durch das von Drohungen begleitete Anhalten eines Autos, widersprechen also der auch heute schon in Oesterreich herrschenden Rechtsauffassung. Im Kampf gegen die Arbeiter, die wegen der Beteiligung an den Juliunruhen angeklagt sind, verliert das aber nichts: auch veraltete Gesetze werden aus der Kumpfkammer hervorgeholt, um der Klassenjustiz mit den Buchstaben eines Paragraphen den Schein des Rechts zu geben.

Die gewalttätige Auslegung und unberechtigte Anwendung des Erpressungsparagraphen muß naturgemäß neue Empörung in die durch die Justiz ohnehin bereits aufgepeitschte Arbeiterschaft tragen, muß das Rechtsgefühl des Volkes von neuem verletzen.

Der österreichische Erpressungsparagraph droht für die leichteren Fälle schweren Kerker von 6 Monaten bis zu 5 Jahren an! Das Schöffengericht verurteilte auf Grund dieser Gesetzesbestimmung zu 2 und 3 Monaten schweren Kerkers, in einem Falle auf Grund des Strafmitderungs-gesetzes von 1918 zu einem Monat strengen Arrest. Die Gerichte gaben auch teilweise bedingten Strafausschub. Aber die Angeklagten haben wochenlange Untersuchungshaft erlitten, und — vor allem — sie sind wegen des infamierenden Delikts der Erpressung in ihren Strafregistern für immer gekennzeichnet. Daß man sich in Oesterreich nicht begnügt hat, bei solchen Delikten wegen Störung der öffentlichen Ordnung, wegen groben Unfugs zu bestrafen, zeigt, daß in diesen Fällen die Justiz die besondere Aufgabe erfüllen sollte und erfüllt hat, die Arbeiterschaft besonders hart zu treffen. Die österreichische Justiz hat sich bereits in diesen Tagen der deutschen ebenbürtig erwiesen, schon vor Durchführung der geplanten Strafrechtsangleichung, und es besteht die größte Gefahr, daß bei den noch bevorstehenden, wegen schwererer Delikte anhängigen Prozessen sich noch schlimmere Justizergesse ereignen werden.

Denkschriftenkampf um den Wohnungsbau.

Wann wird nun gebaut?

Das Baukonjunktium für die Errichtung der 8000 Wohnungen in Berlin macht den Inhalt seiner Denkschrift bekommt, in der die schriftliche Kritik des Stadtbaurats Genossen Dr. Wagner im Haushaltsausschuß beantwortet wird.

Stadtbaurat Dr. Wagner hatte die Baukosten als beträchtlich zu hoch bezeichnet. Der Kubikmeter umbaute Raum sollte einschließlich Grundstück und Anliegerbeiträge über 40 M. Das Projekt sei um 3,50 M. pro Kubikmeter

zu teuer. Demgegenüber weist das Baukonjunktium darauf hin, daß sich nur ein Betrag von 37 M. ergebe, der von Stadtbaurat Dr. Wagner selbst als angemessen bezeichnet wurde. Die bekannten Bauten in Brüg seien zu einem Preise von 37,50 M. errichtet worden. Da inzwischen aber die Baupreise wesentlich gestiegen seien, ergebe sich in Wirklichkeit, daß das Bauangebot für Berlin billiger sei als die in Brüg errichteten Bauten.

Die reinen Baukosten berechnete Dr. Wagner auf 31,50 Mark, während sie mit 28 M. gut ausgeführt werden könnten. Demgegenüber behauptet die Denkschrift der Baugruppe, daß nur 28,70 Mark reine Baukosten bei ihrem Angebot zu errechnen seien und auf 26 Jahre hinaus eine Gefahr für die Stadt Berlin und die Berliner Mieterschaft bedeuten. Die Denkschrift der Baugruppe aber meint, daß die Mieten in den neuen Häusern nur unwesentlich höher seien als in den alten, wobei die Qualität der Wohnungen durch die reine Randbebauung eine höhere sei als früher.

Gegenüber der Kritik der städtischen Mietzuschüsse wird vom Baukonjunktium festgestellt, daß als reiner Mietzuschuß der Stadt die Summe von 1,67 Millionen genüge, die nur aus Zweckmäßigkeitsgründen zur Verbilligung für besonders bedürftige Mieter auf zwei Millionen erhöht werden sollten. In der Tat sind in dem von der Stadt vorgesehenen Mietzuschuß Amortisationsquoten, Verwaltungskosten und ein erhebliches Risiko für Mietenausfall eingerechnet.

Der Haushaltsausschuß hat bekanntlich bis zum kommenden Montag über die Projekte und auch über diesen Denkschriftenstreit zu entscheiden. Er wird bei seiner Arbeit auch die Berechnungsmethoden zu prüfen haben, die in den beiden Denkschriften sehr verschieden sind. Wir fürchten allerdings, daß bei diesem Kampf um Denkschriften die Wohnungsinteressenten den kürzeren ziehen werden. Es ist dringend notwendig, daß eine sachverständige Entscheidung nun bald zu der Errichtung der Wohnungen führen wird.

Die Wetter Schäden in Pommern.

Hilfsmassnahmen Preußens.

Auf eine kleine Anfrage im Preussischen Landtag über die infolge der anhaltenden Regengüsse in der Provinz Pommern entstandene Notlage gibt, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, der Landwirtschaftsminister die folgende Antwort:

Auf die Berichte über die in letzter Zeit eingetretenen Unweterschäden in der Provinz Pommern hat die preussische Staatsregierung sofort die erforderlichen Massnahmen getroffen, um den Geschädigten die erste notwendige Hilfe zuteil werden zu lassen. Hierzu erstien einmal die Schaffung von Erleichterungen bei der Einziehung der Steuern angetan. Der Finanzminister hat die in Betracht kommenden Regierungspräsidenten erneut darauf hingewiesen, daß nach der bereits früher von ihm getroffenen Anordnung bei Unwettern, die sich über große Gebiete erstrecken, von Amts wegen Steuererleichterungen zu bewilligen sind. Der Reichsminister der Finanzen ist gebeten worden, für die ihm unterstellten Behörden entsprechende Anordnungen zu treffen.

Um den Landwirten die zur Fortführung ihrer Betriebe notwendigen Mittel zu verschaffen, werden die landwirtschaftlichen Kreditinstitute, insbesondere die Preußenkasse, bemüht sein, der Landwirtschaft der Provinz Pommern durch Zuzug von Krediten nach Möglichkeit Erleichterung zu gewähren. Auch sind sofort mit den in Betracht kommenden Kreditinstituten Verhandlungen aufgenommen worden, um sie zur größten Schonung bei Eintreibung der fälligen Verpflichtungen der Landwirtschaft Pommerns zu veranlassen.

Mit der Reichsarbeitsverwaltung sind Vereinbarungen getroffen, um die für die Erntearbeiten erforderliche Zahl von Landarbeitern sicherzustellen und die Arbeitszeit der in der Landwirtschaft vorübergehend beschäftigten Schnitter zu verlängern. Das Kontingent an ausländischen Arbeitern ist um 3200 Mann zur sicheren Bergung der Ernte erhöht worden.

Mit Rücksicht auf die schwierige Wirtschaftslage Pommerns ist von der Abhaltung der diesjährigen Manöver in den Schadensgebieten Abstand genommen und für die Bereitstellung militärischer Kommandos zur Hilfeleistung bei den Erntearbeiten

Sorge getragen worden. Die Erhebung von Ermittlungen über Umfang und Höhe der Schäden ist in die Wege geleitet, um eine Prüfung zu ermöglichen, ob und in welchem Maße die Einleitung weiterer Massnahmen erforderlich ist.

Reichslandbund und Bauernbund.

Ueberraschender Vergleich auf Kosten Hackbarths.

Die Privatklage der Herren von Kalkreuth und Kriegshelm gegen den Redakteur und Geschäftsführer des Bauernbundes, Herrn Zerts, über die wir in dem gestrigen Abendblatt berichteten, nahm einen ganz unerwarteten Verlauf; die Herren verglichen sich. Doch bevor es zum Vergleich kam, wurde u. a. noch der Generalsekretär des Bauernbundes, Herr Müller, vernommen; und da erst strahlte Herr Hackbarth in seinem ganzen Glanze.

Es ergab sich, daß Herr Hackbarth als Mitglied des Präsidiums eine Zeilung beauftragt war, gemässmaßen als Beobachtungsposten zu fungieren, da der Geschäftsführer des Bauernbundes Herr Boehme, sich schwere Uebergriffe hatte zuschulden kommen lassen. Im Sommer 1926 erklärte Herr Hackbarth, daß an ihn ein Herr Hölzel mit dem Vorschlag herangetreten sei, eine Aussprache über die Art der gegenseitigen Befämpfung zwischen dem Bauernbund und Landbund zu vermitteln. Da man im Vorstand jedoch Bedenken hatte, sich der Vermittlung eines unbekanntem Herrn zu bedienen, so wurde der Hackbarth veranlaßt, dem Herrn Hölzel eine Abfage zu schreiben.

Im Dezember 1926 war bei einzelnen Mitgliedern des Präsidiums gegen Hackbarth ein Mißtrauen aufgetreten. Man vermutete, daß er innerhalb des Bauernbundes gegen den Vorstand schüre. Obgleich laut Statuten des Bauernbundes nur der Hauptvorstand vertretungsberechtigt war, griff Herr Hackbarth mehrmals in die Verwaltung ein, gab auf eigene Faust hin Anordnungen und trieb es so weit, daß der Vorstand sich gezwungen sah, in einer speziell einberufenen Sitzung ein Protokoll aufzunehmen, nach dem in Zukunft den einzelnen Herren des Präsidiums verboten sein sollte, eigenmächtig zu handeln. Hackbarth erklärte anfangs, er müsse sich die Sache überlegen und würde unter Umständen ausscheiden. Als man ihm darauf die fähle Schulter zeigte und meinte, er könne es sich ja überlegen, da erklärte er, daß er sein Unrecht einsehe und in Zukunft seine eigenmächtigen Handlungsweise einstellen wolle. Trotzdem Hackbarth nicht allein Präsidialmitglied war, sondern auch eine begabte Stellung im Bauernbunde einnahm, hatte er aber, wie der Zeuge bekundete, gegen das von ihm unterschriebene Protokoll gehandelt und zwecks Sprengung des Bauernbundes seine berühmte „Ueberleitungsstelle“ beim Reichslandbund geschaffen.

So steht also Herr Hackbarth aus. Im Oktober findet übrigens die Verhandlung in der Privatklage statt, die er gegen Herrn Zerts angestrengt hat, bei dieser Gelegenheit dürfte man noch Näheres über seine Persönlichkeit und Tätigkeit erfahren.

In der gestrigen Verhandlung schien auch der Reichslandbund von diesem Herrn abzurücken; wenigstens erwidert der Text des geschlossenen Vergleichs diesen Eindruck. Der Beklagte sagte darin: den offenen Brief an den Reichslandbund und die gleichlautenden Flugblätter habe ich in der Absicht geschrieben, den Reichslandbund auf die Persönlichkeit des Herrn Hackbarth hinzuweisen, dessen Verhalten ich selbst für verwerflich hielt. Diese Stellungnahme hielt ich für meine Berufspflicht. Ich habe mich durch die gerichtlichen Verhandlungen davon überzeugt, daß weder gegen die Privatkläger persönlich, noch gegen andere leitende Persönlichkeiten des Reichslandbundes der Vorwurf erhoben werden kann, daß sie willkürlich verräterische Handlungen begünstigt oder Angehörige des Bauernbundes durch Bestechung zum Uebertritt zum Reichslandbund haben bestimmen wollen. Soweit etwa in den fraglichen Druckschriften Beleidigungen irgendwelcher Art gegen die Privatkläger enthalten sein sollten, nehme ich diese zurück.

Die Privatkläger haben sich also mit einer Erklärung des Beklagten zufriedengegeben, in dem das Verhalten des Herrn Hackbarth als verwerflich bezeichnet und von seinen verräterischen Handlungen gesprochen wird. Herr Hackbarth fährt aber heute noch im Lande herum und hält für den Reichslandbund, wenn auch auf Kosten derjenigen, die ihn zu den Versammlungen auffordern, Agitationsreden.

Herbststück.

Von Salomon Dembsher.

In schwerer gedrückter Stimmung irrte ich seit einigen Tagen in einer mittleren Provinzstadt umher. Es war Ende Herbst. Der Himmel war ewig bewölkt und zu jeder Stunde fing es an zu regnen, hörte auf und fing wieder an. Früh am Nachmittag wurde es dunkel, und in den Schaufenstern der Geschäfte blühten die Lichter auf. Von Zeit zu Zeit ratterte eine menschenbedeckte Elektrische durch die Straße, ächzend und freischend. Ich ging in einem fort von einer Gasse zur anderen, ließ mir das Gesicht einengen, betrachtete die Vorübergehenden und stellte bei mir zum hundertsten Male fest, daß es nichts Furchtbarereres gibt als Langeweile, und daß da kluge und dumme Gesichter vorhanden waren, hauptsächlich aber dumme. Gut, daß sie so schnell vorübergingen, sie hätten einen sonst manchmal zur Verzweiflung bringen können. Von Zeit zu Zeit stellte ich mich bei irgendeiner Haltestelle auf. Ich fühlte eine gewisse Schwäche, vielleicht deshalb, weil ich allzumenig Geld hatte und in den letzten Tagen mit dem Essen sparen mußte. . . Und ich dachte bei mir: Wäre es nicht möglich, daß irgend jemand Geld verliere und ich hundert oder gar tausend Mark finden würde? Warum sollte das nicht möglich sein? Hatte nicht vor einem Jahre ein Kassenbote achtzigtausend Mark verloren? . . . Ob ich es ihm zurückgeben werde? Ich denke nicht daran. Natürlich, ethisch wäre das nicht, aber in einer solchen Lage preißt man auf Ethik, wahrhaftig, das tut man. . .

Dann bin ich weiter gegangen, bis ich mich in eine sehr stille, lange, vornehm aussehende Straße verlor. Die Häuser waren in Gärten abgeleert, und vor jedem Hause standen Bäume, durch welche das Fenstergitter schimmerte. Die Straße selbst lag finstler und still. Ab und zu sah man jemand vorübergehen und dann schnell in ein Haus verschwinden. Und wieder dachte ich: Wenn ich doch wenigstens das Vermögen hätte, das die Einrichtung eines dieser Häuser kostet. Ganz zu schweigen vom Gold und Silber, welches sich dort befindet. Wenn man Hunger hat, es kalt ist, der Regen ins Gesicht klopft und man keine Heimat hat, kann man da etwas anderes denken? . . .

Plötzlich öffnete sich mir gegenüber ein Tor und zwei Damen traten heraus. Man konnte sie noch nicht genau sehen, aber die eine schien, ihrem Gange und ihren Bewegungen nach, in den vierziger Jahren zu sein, während die andere wohl halb so alt war. In dem Moment, als sie vorbeigingen, nahmen mich zwei große, schwarz glänzende Augen gefangen und ein Profil, so edel geformt und von so eigenartiger Schönheit, daß ich mich gleich umdrehte und instinktmäßig nachging, langsam und schüchtern, in großer Entfernung, von Straße zu Straße, während sie beide in ein leises Gespräch vertieft waren, von dem ich nur unverständliche Worte aufschnappte.

Das ging so eine halbe Stunde. Plötzlich blieben sie stehen und ich konnte zu meiner Genugtuung feststellen, daß die Ältere sich verabschiedete und irgendwo verschwand, während die Jüngere mit eiligen Schritten in eine andere Richtung einbog.

Ich nahm meine ganze Energie zusammen und holte sie ein. Zuerst drehte sie sich einige Male um und musterte mich fast und schweigend von oben bis unten. So daß ich deutlich die Unnahbarkeit

dieser sicherlich vornehmen Tochter eines Bankiers oder Fabrikbesizers herausföhlte, die jetzt wohl von Besuch einer befreundeten Familie kam. Wahrscheinlich wurde sie zu Haus von einer zärtlichen Mutter, einem aufmerksamen Vater und untertänigen Dienstmädchen erwartet, vielleicht auch von einem jungen, eleganten Bräutigam. Später würden sie sich dann zurückziehen in ein Musikzimmer, sie würde ihm Chopin vorspielen. . . oder vielleicht würden sie sich still und ausgegert küssen und sich Geheimnisse zufüstern, während ich weiter in dieser fremden, kalten Gasse, ohne Freund, ohne Geld, verbittert und gedrückt herumirren werde. Aber dann fiel mir ein: Mein Gott, was verliere ich denn, wenn ich dieses hübsche Geschöpf anpreche? Mehr als abziehen kann sie doch nicht. . . Uebrigens — vielleicht hat sie romantisches Blut. . . Vielleicht wird sie diese Begegnung mit einem Wildfremden interessant finden, oder weiß?

„Nadiges Fräulein“, ich wagte näher an sie heranzugehen und mit zitternder Stimme zu flammeln, „ich weiß, Sie werden es als unangenehm und widerwärtig empfinden, von einem Ihnen Unbekannten auf diese Weise angesprochen zu werden. Ich weiß. . . aber gibt es eine andere Möglichkeit, sich einer achtbaren, jungen Dame zu nähern? Besonders. . .“

Die Worte blieben mir im Halse stecken, denn zu meinem Erstaunen sah sie mich an und begann freundlich zu lächeln.

Mein Mut wuchs und ich begann von neuem: „Wenn ich wüßte, daß Sie mit eine halbe Stunde widmen könnten, wäre ich glücklich. Ich weiß, zu Hause erwarten Sie Ihre Anverwandten, aber ich denke, Sie werden sich wegen einer halben Stunde nicht beunruhigen. . . Nadiges Fräulein, für dieses Opfer werde ich mich revanchieren, indem ich Ihnen morgen einige Bücher schicken werde.“ Und, weil sie die ganze Zeit lächelte und schweig, wandte ich mich direkt an sie: „Und welchen Schriftsteller ziehen Sie vor: Strindberg oder Dostojewski? Gewiß, der erstere wird zu hart und schwer auf Sie wirken. Sie sind ja noch jung und die Weiden, wie überhaupt die komplizierte Persönlichkeit dieses Dichters legen sich einem qualvoll auf die Seele, nicht wahr? Dagegen ist Dostojewski elegant und lebensfroh. . . allerdings nicht in der Ballade.“

Wöglich unterbrach mich ein lautes, merkwürdiges Gelächter, das ich am wenigsten erwartet hatte. Und ganz betroffen und bestürzt hörte ich, wie sie langsam und lachend zu sprechen anfang, einfach im Berliner Dialekt:

„Mensch, mach' doch bloß keinen Schmuß. . . Wenn du mit mir nach Hause gehen willst, meinnetwegen. Kostenpunkt: 30 Emmchen, verstanden? . . . Sag' schnell. Wüßte oder wüßte nicht? Ich hab' nicht viel Zeit.“

Stärker poß der Regen. Der Himmel wurde ganz schwarz und die Erde finstler. Und ich ging weiter, ziellos und erschlagen. Nur das eine wußte ich: Hätte ich irgendwo ein Heim — ich hätte es jetzt nicht finden können. . . Und wäre irgendwo ein Gott — er hätte sich meiner erbarmen müssen.

Die Galerie Neumann-Nerendoch, Vahowstr. 32, eröffnet am 24. 17 Uhr eine Ausstellung neuer italienischer Kunst. Es handelt sich um die unter der Bezeichnung „Novocento Italiano“ bekannte Zusammenstellung, die einen Ueberblick über die interessantesten italienischen Maler der Gegenwart gibt und zuerst in Mailand gezeigt wurde.

Der sozialistische Dichter Hermann Sorlet, der zu den großen Reformatoren der niederländischen Literatur in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gehörte und sich bereits 1898 gleichzeitig mit der Schriftstellerin Henriette Roland-Hoffst den Sozialdemokraten anschloß, ist in Brüssel im Alter von 61 Jahren gestorben. Der Verfasser des wunderbaren Walgedichtes hatte sich in den letzten Jahren allerdings der Bewegung entfremdet und war mehr und mehr ins kommunistische Fahrwasser geraten, wo der große Kämpfer und Idealist jedoch nicht das zu finden vermochte, was er suchte. Er war Dichter durch und durch, und dies erklärt die großen Leistungen wie auch die großen Enttäuschungen seines Lebens. Der Sozialismus war ihm ein schöner Traum, ein unantastbares Ideal. Aber er war auch Individualist, und kein Individualismus brachte ihn wieder in Gegenlag zu der gleichen Masse, für die er doch so glühend zu streiten begehrte.

Mag Reinhardt über die deutschen Autoren. Reinhardt hat in Salzburg in einem Interview, das jetzt im „Oberver“ veröffentlicht wird, sich recht abfällig über die deutschen Autoren ausgesprochen. Er behauptet, daß die meisten deutschen dramatischen Autoren der Gegenwart sich mehr oder weniger unfähig erwiesen hätten, für die Schauspieler und die Bühne zu schreiben, so daß der Regisseur jetzt immer mehr gezwungen sei, das Werk den praktischen Erfordernissen der Aufführung anzupassen. Im allgemeinen sei zu begrüßen, daß sich immer mehr das Bestreben zeige, daß der Autor zugleich sein eigener Regisseur sei. Vielleicht, sagt Reinhardt, würde an dieser praktischen Arbeit der deutsche Autor dasjenige lernen, was ihm bisher fehlt.

Graphische Werbekunst. Am Sonntag wurde in der Mannheimer Kunsthalle die Ausstellung „Graphische Werbekunst“ eröffnet. Es handelt sich dabei um eine internationale Schau zeitgemäßer Reklame, die Plakate und Werbeschriften vor dem Kriege bis auf die heutige Zeit enthält. Besondere Beachtung verdient in dieser Ausstellung die französische Abteilung, die die bunten, auffälligen Plakate der neunziger Jahre enthält, von denen aus die europäische Werbekunst beeinflusst wurde. Der Weg der Plakat- und Reklamekunst geht von dem dekorativen Stil zu dem der heutigen sachlichen, einfachen Linie. Außerdem sind die einzelnen Plakate, die aus ganz Europa mit vieler Mühe zusammengesucht wurden, kulturgeschichtlich aufschlußreich. — Auffallend ist in der Schau auch die Abteilung Sowjetrußland, deren bilderreiche, stark primitive Verformbildungen einen Schluß auf die von europäischer Werbekunst weitabliegende östliche Pinda ziehen lassen.

Im Vestingmuseum spricht am 22. 20 Uhr. Dr. Georg Deöcher über „Mitter Blut und seine Opem“. Vrien aus „Mitter“, „Armdie“, „Abigene“ singen Charlotte Glage und Ludwig Jänkel. Am Flügel: August Wils. Eintritt frei.

Eine Eisenbahn durch die Sahara. Die Handelskammer in Algier hat ein Projekt durchberaten, das die Anlegung einer Eisenbahn durch die Sahara vorsieht. Der Ausgangspunkt der Bahn soll Algier sein. Sie soll der französischen Militärstraße nach dem Innern folgen und an einem noch näher zu bestimmenden Ort sich in zwei Linien abteilen, von denen die eine zur Subanergrenze und die andere nach der Goldküste gehen soll. Die Handelskammer hat beschlossen, das Projekt der französischen Regierung dringend zu empfehlen.

Goldene Ketten des Bürgerblocks

Gemeinden und Wohnungsbau Opfer der Steuerpolitik.

Um den Kern der gegenwärtigen Regierungskoalition, die aus Zentrum, Deutschnationaler und Deutscher Volkspartei besteht, drehen sich als Trabanten die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei. Beide fühlen sich nicht recht als Regierungsparteien. Sie betrachten ihre Unterstützung des Reichskabinetts nur als gelegentlich. Beide fordern eine Entschädigung für ihre Hilfstellung. Sie sind beide realistisch genug, die Entschädigung in bar zu fordern. Der Reichsfinanzminister hat die Rechnung zu bezahlen.

Er hat sie den Bayern anlässlich der vorläufigen Regelung des Finanzausgleichs in klingender Münze bezahlt — auf Kosten des Reichs, auf Kosten der anderen Länder, unter schwerer Schädigung des Ansehens der Reichsfinanzpolitik; denn dem ganzen Ausland war der unsachliche Hintergrund dieser Politik klar.

Diese reichliche Bezahlung der Bayerischen Volkspartei — immerhin über eine Million jährlich für die Stimme jedes einzelnen ihrer Abgeordneten — hat nicht ausgereicht, um sie und die bayerische Regierung den Wünschen des Reichs gefügig zu machen. Sie wollen das famose Steuervereinfachungsgesetz nicht schlucken; die bayerische Souveränität erscheint ihnen bedroht, und der Preis, den man im Frühjahr bezahlte, noch nicht hoch genug. Damit aber wandte sich der eine Trabant der Koalition gegen den anderen, die Wirtschaftspartei. Ihr sollte das Steuervereinfachungsgesetz bringen, eine Veredelung der Hauszinssteuer — bringen, eine Veredelung, die den Steuerertrag zunächst um 300 Millionen und innerhalb der nächsten sechs Jahre um zweimal mindestens je 150 Millionen, insgesamt um 600 Millionen senken soll. Diese Veredelung soll dem Hausbesitz zunächst also die Kleinigkeit von etwa 8 Milliarden schenken. Es ist begreiflich, daß die Wirtschaftspartei als Partei des Hausbesitzes für das Steuervereinfachungsgesetz eintritt.

Nachdem die Bayern für ihre Koalitionstreue Bezahlung bekommen haben, ersehen es notwendig, die Wirtschaftspartei nicht leer ausgehen zu lassen. Ein Konflikt im Regierungslager mußte aber vermieden werden. Was tut der Reichsfinanzminister, dessen Aufgabe es ist, die Regierungskoalition mit goldenen Ketten zusammenzuhalten? Er läßt das Steuervereinfachungsgesetz im Hintergrund verschwinden und — bringt ein besonderes Gesetz zur Neuregelung der Hauszinssteuer ein, das dem Abschnitt des Steuervereinfachungsgesetzes, der sich mit ihr befaßte, gleich wie ein Ei dem andern. Der Konflikt im Regierungslager wird vermieden, die Wirtschaftspartei mit klingender Münze bezahlt.

Was bedeutet dieses neue Gesetz zugunsten des Koalitionstreuen Hausbesitzes in unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik? Länder und Gemeinden verlieren 150 Millionen Steuereinnahmen ab 1. April 1928, die für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel werden vom nächsten Jahr ab um mindestens 150 Millionen gekürzt. Das wird zunächst eine Verringerung des Wohnungsbauens um 20 Proz. mit sich bringen. Die Zahl der jährlich neu zu errichtenden Wohnungen wird auf das unzureichende Niveau von 1925 herabsinken. Tausende von Bauarbeiter werden 1928 keine Arbeit finden können. Aber der Hausbesitz wird mit einer Rente von 300 Millionen jährlich belohnt.

Die anderen 150 Millionen werden Ländern und Gemeinden fortgenommen. Der Finanzausgleich vom Frühjahr dieses Jahres wird als Fehden Papier behandelt. Treu und Glauben werden außer Kurs gesetzt. Wer trägt die Kosten? Die Kosten werden vor allem die Gemeinden zu tragen haben; denn die Länder werden auf dem Wege ihrer von keiner Autorität wirksam überwachten Gesetzgebung auf Kosten der Gemeinden das Loch stopfen, das das liberale Steuerergänzung des Reichsfinanzministers an den Hausbesitz in ihre Staats reißt. Die Gemeinden werden dann ihre Steuern erhöhen müssen. Vor allem die Gewerbesteuer, die Handel und Industrie trifft, wird von den Gemeinden in höherem Maße angespannt werden müssen. Vor allem die Gewerbesteuer, die Handel und Industrie trifft, wird von den Gemeinden in höherem Maße angespannt werden müssen. Die Masse der städtischen Bevölkerung wird aber weiterhin auf die Senkung der vielfach überhöhten städtischen Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität und die Verkehrsbeiträge vergeblich warten müssen. Die Massen der städtischen Bevölkerung und die produktive Wirtschaft werden letzten Endes die Kosten für dies Steuerergänzung tragen.

Die gegenwärtige Regierungskoalition ist teuer für das deutsche Volk. Die Geldgeschenke, die sie ihren Freunden machen muß, sind steuer-, finanz- und wirtschaftspolitisch unsinnig. Aber Geschäft bleibt Geschäft, und schamloser ist das Regierungsgeschäft wohl noch nie als ein Geldgeschäft bloßgestellt worden, als durch die Hauszinssteuerpläne des Reichsfinanzministers. Wichtiger als Wohnungsnot und Steuerdruck ist ihm das Milliarden Geschenk an den Hausbesitz, das dessen Stimmen für das Reichsschulgesetz kaufen soll.

Köhler über die Steuervereinfachung.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler machte auf der Jahresversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung des Zentrums in Köln Ausführungen über das Steuervereinfachungsgesetz. Er sagte, daß die Steuer eigentlich aus vier Gesetzen bestehe, die in einem Mantelgesetz zusammengefaßt werden. Grundsteuer und Gewerbesteuer würden den Ländern überlassen bleiben. Der Minister gab dann eine Uebersicht über die wesentlichsten Bestimmungen der einzelnen Gesetzentwürfe.

Die dringenden Vorschläge verschiedener Wirtschaftsgruppen, die Realsteuern einfach als Zuschläge zur Einkommensteuer zu erheben, lehnte der Minister unter allen Umständen ab. Das Wesentliche aus dem Entwurf über die Gewerbesteuer seien die Bestimmungen einer einheitlichen Rechsahl für die Steuerbemessung und der Grundgedanke, daß vor allem der Gewerbetreibende maßgebend sein soll. Länder und Gemeinden könnten dann auf dieser einheitlichen Rechsahl ihre verschiedenen Hundertsätze erheben. Von einer sofortigen allgemeinen Senkung der Realsteuern um 20 Proz. könne niemals die Rede sein. Das Ziel der Reichsregierung sei jedoch, in absehbarer Zeit eine allmähliche und beträchtliche Senkung zu erreichen, und dieses Ziel könne tatsächlich erreicht werden. Angesichts der Ueberlastung durch Steuern müsse größte Sparmaßnahme das Ziel sein. Diese Maßnahme gelte nicht nur für die Gemeinden, sondern auch für das Reich und die Länder. Die ganze so erstrebte Verwaltungsreform müsse vorwärts ge-

Das Echo der Hindenburg-Rede.

Frankreich und Belgien verstümmt.

Paris, 19. September. (Eigenbericht.)

Der „Temps“ zieht aus der Rede Hindenburgs bei Tannenberg den Schluß, daß die moralische Abrüstung Deutschlands noch längst nicht erreicht sei. Die Rede sei eine neue Illustration für den Widerstand der Nationalisten Deutschlands gegen die Politik von Locarno und Genf, ähnlich der jüngsten Kundgebungen von Nationalisten wie Westarp und Rudras. Die Rede Hindenburgs enthalte nicht gerade die Erstzins eines neuen Geistes in Deutschland, nichtsdestoweniger sei die Locarnopolitik gegenwärtig die einzig mögliche. Aber man sehe immer mehr, daß sie ohne große Vorsichtsmaßnahmen nicht fortgeführt werden könne. Zahlreiche Leute in Deutschland läßen in ihr nur ein Mittel, sich vom Versailles Frieden freizumachen. Es gebe eben zwei Deutschland, ein monarchistisch-militaristisches und ein republikanisch-demokratisches. Niemand könne zur Stunde mit Gewißheit sagen, welches der beiden das stärkere sei. Frankreich müsse also mehr als je auf der Hut sein. (Dem republikanisch-demokratischen Deutschland hat man Versailles angetan und dadurch das national-militaristische überhaupt erst wieder zum Leben erweckt. Anmerkung der Red.)

Brüssel, 19. September. (Eigenbericht.)

Der sozialistische „Peuple“ sagt, Hindenburg habe in der Kriegsschuldfrage einen Ton angeschlagen, den man zwar während des Krieges oft von deutscher amtlicher Stelle zu hören bekommen habe, aber seit dem Krieg hätten verantwortliche Vertreter des Reiches nicht mehr in diesem Tone vom Verteidigungskrieg Deutschlands gegen eine Welt von Feinden gesprochen. Hindenburg scheine seit dem Kriege nichts gelernt und nichts vergessen zu haben. Die Erklärung Hindenburgs, Deutschland sei bereit, seine Kriegsführung dem Urteil unparteiischer Richter zu

unterbreiten, gebe seiner Rede eine gewisse Aktualität. Sie läßt eine Antwort zu sein auf die Weigerung Belgiens, die Frankfurterfrage einer Untersuchung zu unterbreiten. Die belgische Regierung habe loyal erklärt, daß sie diese Untersuchung für unzeitgemäß halte, weil die Gefahr bestehe, daß sie den Hof neu entfachte, statt ihn zu lindern. Man dürfe annehmen, daß auch Stresemann schließlich diese Erwägung würdigen werde. Der „Peuple“ fragt schließlich, ob die Rede von Tannenberg nicht etwa das Ergebnis eines deutsch-nationalen Manövers sei, um Stresemann eine bestimmte Politik gegenüber Belgien aufzuzwingen.

Sämtliche Zeitungen veröffentlichen unter fetten Ueberschriften die Hindenburg-Rede. Die nationalistische „Nation belge“ schreibt, die Erklärung über die Kriegsschuldfrage sei eine ernst zu nehmende und offizielle Protestation Deutschlands. Hindenburg sei das konstitutionelle Staatsoberhaupt, daher engagiere diese Rede die gesamte Regierung. Die Rede sei ein so scharfer Angriff gegen den Friedensvertrag von Versailles, daß die alliierten Regierungen unbedingt darauf antworten müßten.

Beifall nur in Moskau.

Konno, 19. September. (U.)

Nach Meldungen aus Moskau hat die Rede Hindenburgs in Moskau größten Eindruck hervorgerufen. Es wird hervorgehoben, daß Hindenburg die populärste Person in Deutschland sei. Die Äußerungen dieser überragenden Persönlichkeit über die Kriegsschuldfrage seien nicht nur der Sache der Gerechtigkeit, sondern der nationalen Ehre gewidmet. Eine größere Autorität, als diejenige Hindenburgs in jener Frage, sei wohl kaum denkbar.

trieben werden. Durch die Steuervereinfachung werde ein weiterer Schritt auf diesem Wege gemacht werden.

Die Besoldungsreform des Reichs solle auch den Ländern und Gemeinden im Rahmen der Anpassung an die Verhältnisse maßgebend sein. Die Beamtenbesoldungsreform, die nach langjährigen Beratungen im Reichskabinett nunmehr einstimmig angenommen wurde, sei eine notwendige und soziale Reform. Besonders vermahnte sich der Minister gegen die Bestrebungen, die Besserung, die die Beamtengehaltserhöhung bringt, durch Preiserhöhungen auf dem Bedarfsmarkt wieder wegzumachen. Die Reichsregierung werde dies unter keinen Umständen zulassen. Der Minister vermahnte sich gegen den ihm gegenüber erhobenen Vorwurf des Unitarismus und die ihm anlässlich des Steuervereinfachungsgesetzes zugeschriebene Absicht, die Selbstverwaltung der Gemeinden zu zerbrechen.

Abschied des Generals Reinhardt.

Er tritt in den dauernden Ruhestand.

Der Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 2 in Kassel und frühere Befehlshaber der 5. Division mit dem Standort Stuttgart, General Reinhardt, hat sich nach dem Abschluß der Herbstübungen der Reichswehr im Offizierskasino in Münsingen von der Truppe verabschiedet. Er tritt, wie verlautet, in den Ruhestand. Zu der aus diesem Anlaß veranstalteten Parade waren die Staatspräsidenten von Württemberg, Baden und Hessen eingeladen worden. Es war aber nur der Staatspräsident von Württemberg zugegen. Die Staatspräsidenten von Baden und Hessen hatten abgelehnt.

Deutschnationaler Locarnoschnaps.

Die Regierungspolitik wird beschimpft, Ehrhardt in den Himmel gehoben!

Stuttgart, 19. September. (Eigenbericht.)

Der unter der Leitung des hoffnungsvollen Sproßlings des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten und württembergischen Landtagspräsidenten Theodor Körner stehende „Württembergische Jungbauernbund“ hatte sich für eine auf Sonnabend abend in Stuttgart in Gemeinschaft mit allen hofentzerrischen Verbänden wie dem „Stahlhelm“ einberufene Versammlung als Redner neben seinem Führer Theodor Körner jun. den Kapitän Ehrhardt und den Forstrat Eicherich verpflichtet. Es ist von Interesse, zu sehen, in welchem Geiste die Versammlungseinladung gehalten ist, die das Blatt des Herrn Theodor Körner in seiner Sonnabendausgabe brachte. In dieser Einladung wird zu einer „Gegenüberstellung des deutschen Nationalismus“ aufgerufen, die nötig wäre, weil in den Straßen der württembergischen Landeshauptstadt bisher nur „für die Internationale, für Sacco und Vanzetti, für den Locarnogeist — eine Art Schnaps — für „Nie wieder Krieg“ und ähnliche schöne, aber sinnlose Dinge“ demonstriert worden wäre. Demgegenüber müsse jetzt Kapitän Ehrhardt, „ein fähiger Mann, dessen Brigade einst in den Kämpfen mit dem inneren und äußeren Feind Furcht und Schrecken verbreitete“, den „Sauber seiner Persönlichkeit“ wirken lassen. Der Tag solle dazu dienen, die Quellen der völkischen Erneuerung zu zeigen und solle „ein Markstein in der deutschen Freiheitsbewegung“ werden.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat sich bei Eintritt in die Regierung verpflichtet, die mit dem Zentrum vereinbarten Richtlinien einzuhalten. Wie die Deutschnationale Partei dieser Verpflichtung nachkommt, zeigt das Verhalten des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Körner besonders traf.

Englische Spionage in Rußland.

Mitteilungen des obersten Spionagerichters.

Der Vorsitzende des „Kriegskollegiums“ des Obersten Gerichtshofes, Ulrich, veröffentlicht einen Artikel über das Verfahren gegen 26 englische Spione. Er schreibt u. a.: Das Gerichtsverfahren hat zur Feststellung des allgemeinen Schemas der Beschaffenheit des englischen Spionagesystems in der Sowjetunion geführt und die Verbindungen aufgedeckt, deren sich die englischen Agenten bedienen. Mit der Leitung des Geheimdienstes in Baltikum werden der diplomatischen Vertretung Großbritanniens in Reval attachierte englische Offiziere betraut. Solche Offiziere waren Flottenkapitän Boyce, Oberst Michelson und zuletzt Kapitän Koh. Boyce und Koh hatten und haben in einer Reihe von Nachbarkstaaten und -städten der Sowjetunion ständige Vertreter oder Residenten, vornehmlich unter den russischen weißen Emigranten. Solche Residenten sind Sunatoff in Helsingfors und Sokoloff in Teriofi. Diese Residenten erfüllen Spionageaufträge. Ihre Befehle sowie Geld bezogen sie direkt von Boyce, Koh und anderen. Die Aufträge betrafen hauptsächlich die See- und Luftlinie der Sowjetunion. Einige Aufträge waren rein provokatorischer Natur und verfolgten das bestimmte Ziel, auf Grund wissentlich falscher

Informationen die Beziehungen der Sowjetunion zu Deutschland zu diskreditieren. Zu diesen Aufträgen gehört der Auftrag, mit welchem Oberst Michelson den in dem Gerichtsverfahren zum Tode verurteilten Spion Boyce betraute, „die Feststellung Boyces, daß Deutschland auseinandergemommene Unterseeboote aus Stettin nach Leningrad versende, nachzuprüfen und Beweise dafür zu erbringen, daß zwischen dem Kommando der sowjetischen und der deutschen Flotte bei den Manövern in der Ostsee 1924 eine Verbindung bestand und ein einheitlicher Aktionsplan festgelegt war“.

Legionärtag in Paris.

Fiasco der militärischen Veranstaltung.

Paris, 19. September. (Eigenbericht.)

Der „Nationalfeiertag“, den die Regierung Poincaré zu Ehren der amerikanischen Legion für Montag dekretiert hatte, war ein tägliches Fiasco. Die Pariser arbeitende Bevölkerung lehnt es ab, sich an den Kundgebungen zu beteiligen, die nichts anderes als eine lärmende Entfaltung kriegerischen Geistes sind. Der offizielle Zug der amerikanischen Legion durch die Champs Elysees zum Stadthaus marschierte zwischen doppelten Spalten von Soldaten und republikanischer Garde. In der Befürchtung von Zwischenfällen hatte man die Absperzung wesentlich verstärkt. Der Zug gestaltete sich zu einer operettenhaften Manifestation. Die Abordnungen der Legion aus den verschiedenen Staaten waren in den unglücklichsten Uniformen erschienen. Zahlreiche Musikkapellen spielten, ebenfalls karnevalsartig ausgestattet. Ein Meer von Fahnen und Fähnchen wogte über dem Zug.

Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen kam es doch zu einem ersten Zwischenfall bei der Feier zu Ehren der Legion im Trocadero. Die Feier hatte kaum begonnen, als der Sekretär des Komitees Sacco-Vanzetti mit lauter Stimme in die Versammlung rief:

„Hoch Sacco und Vanzetti!“

Er wurde sofort aus dem Saale gewiesen. Um in den Saal gelangen zu können, hatte er seinen Bart abnehmen lassen und die Uniform eines amerikanischen Legionärs angezogen. Am Montag abend war ein Riesenansturm von 45000 Besuchern, für das die Stadt Paris beinahe vier Millionen Franken ausgeworfen hat.

In dem Pariser Vorort Cligny erfolgte während der Legionärsfeier die Einweihung eines Sacco-Vanzetti-Platzes durch die sozialistische Stadtverwaltung. Mehr als 10000 Personen nahmen an der Feier teil. Obwohl ungeheure Polizeiaufgebote da waren, ist alles in musterhafter Ordnung verlaufen.

Hankaubehörden gegen Kommunisten.

Sausuchungen, Verhaftungen, Beamtenentlassungen.

Hankau, 19. September. (Reuter.)

Mehrere Personen, die im Verdacht stehen, kommunistische Agenten zu sein und versucht zu haben, 140 Kisten Dynamit einzuschmuggeln, wurden hier verhaftet. Daraufhin suchten die Behörden im kommunistischen Hauptquartier und fanden eine Menge Dynamit sowie Dokumente, die den Plan beweisen, die strategischen Punkte Hankaus und Wushang in die Luft zu sprengen. Die Behörde ordnete die sofortige Verabschiedung aller bei der Regierung angestellten ehemaligen Kommunisten an, da die Aufrichtigkeit ihres Austritts aus der kommunistischen Partei angezweifelt wird.

Der kleine bei dem großen Klaus.

Schieds- und Handelsvertrag Mussolini-Waldemarsh.

Rom, 19. September.

Mussolini und Waldemarsh haben einen Schlichtungs- und Schiedsgerichtsvertrag sowie einen Handelsabkommen zwischen Italien und Litauen unterzeichnet. Der Schiedsvertrag sieht wie andere von Italien mit anderen Staaten abgeschlossene derartige Verträge ein Schlichtungsverfahren zur Lösung jeder zwischen den beiden Ländern etwa entstehenden Streitfrage vor. Das Handelsabkommen enthält die Meistbegünstigungsklausel für die Zolltarife und sieht den Abschluß eines Zinsabkommens vor, durch das Zollermäßigungen für einige die Ausfuhr Litauens und diejenige Italiens besonders interessierende Erzeugnisse festgesetzt werden sollen. Das Abkommen regelt auch die Niederlassungsbedingungen für natürliche und juristische Personen, die Transitzfreiheit und die Ausübung der Schifffahrt.

Die Neuwahl in Irland hat für die Regierungsparteien 71, für die Oppositionsparteien 68 Siege ergeben.

Die Verbandstage in Leipzig.

Zunächst Einzelberatungen.

Leipzig, 19. September. (Eigenbericht.)

Die Tagung des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes (St. Hamburg) wurde am Montag vom Verbandsvorsitzenden Diermeier eröffnet. Er begrüßte die aus Schweden, Norwegen, Desterreich, der Schweiz und der Tschechoslowakei sowie die vom Sekretariat der Internationalen Union erschienenen Vertreter und gedachte der durch Tod aus den Mitglieder-reihen gestiegenen Kollegen.

Von der Internationalen Union überbrachte Schifferstein-Zürich der Tagung die besten Grüße. Er teilte mit, daß die Union der Lebensmittelarbeiter auch im letzten Jahre sehr erhebliche Fortschritte aufweisen konnte. Der Union gehörten zurzeit 760 000 Gewerkschaftsmitglieder an, eine Steigerung von 50 000 gegenüber dem letzten Geschäftsjahr. An gewerkschaftlichen Kämpfen seien im letzten Jahre 450 000 Personen beteiligt gewesen. Die angeschlossenen Organisationen umfassen mit ihren 17 000 Tarifverträgen über 650 000 in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie beschäftigte Personen. Die Tagung stehe vor einer großen

Entscheidung über den geplanten Zusammenschluß

der Verbände der Brauer, Fleischer und Böttcher zu einer Einheitsorganisation. Er wünsche ihr den besten Erfolg.

Den Geschäftsbericht erstattete Diermeier. Er ging in seinen Ausführungen insbesondere auf die großen Kämpfe ein, die von der Organisation gegen das sozialpolitisch rückständig eingestellte Unternehmertum auszufechten waren. Es ist dank der Mitarbeit der Mitglieder gelungen,

den Ansturm auf das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit abzuwehren.

Bei unseren wirtschaftlichen Kämpfen haben die Organisationen sehr gut abgemittelt. Die Zahl der vorhandenen Tarifverträge konnte erhöht werden und umfaßt zurzeit 33 859 Betriebe mit 97 063 beschäftigten Personen. Die Zahl der Tarifverträge hat sich in der Geschäftsperiode um 178 erhöht. Es ist möglich gewesen, bei allen Betrieben den Achtstundentag aufrecht zu erhalten, die Befestigung des Nacht- und Logiszwanges im Haus des Unternehmers zu erweitern und die Tariflöhne einigermaßen mit der zunehmenden Teuerung in Einklang zu bringen. In 386 Tarifen sind für insgesamt 96 997 beschäftigte Personen Ferien vereinbart, und ebenso konnte in 351 Tarifen die Weiterzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen erreicht werden.

Weber den Kassenbericht gab der Hauptkassierer Langhann einige Erläuterungen. Einnahmen und Ausgaben balancieren mit 4,82 Millionen Mark. Zurzeit ist der Vermögensbestand auf über eine Million angewachsen. Diese bedeutende Zunahme konnte innerhalb der letzten drei Jahre erreicht werden, dank einer weitsehenden

Beitragsregelung und der großen Opferwilligkeit der Mitglieder. Der Mitgliederbestand weist gegen den letzten Verbandstag einen kleinen Rückgang auf, was auf die große Fluktuation zurückzuführen ist. Die ganzen Jahre hindurch stand die Nahrungs- und Genussmittelindustrie in einer schweren wirtschaftlichen Krise. In den Betrieben wurde nur saisonweise gearbeitet oder mit bedeutend verringerter Belegschaft. An die Mitglieder wurden für 442 610 Tage

384 000 Mark an Arbeitslosenunterstützung

ausgezahlt. Insgesamt wurden für Unterstützungszwecke 686 000 M. verausgabt.

Grahmann vom ADGB erklärte, daß der Bundesvorstand auf dem Boden der Forderungen der Bäcker und Konditoreiarbeiter hinsichtlich des Verbots der Nacht- und Sonntagsarbeit stehe. Er begrüßte die Bestrebungen zur Schaffung eines Einheitsverbandes. — Hierauf begann die Aussprache.

Die Lebensmittel- und Getränkearbeiter.

Auf dem außerordentlichen Verbandstag der Lebensmittel- und Getränkearbeiter forderte der Vorsitzende Bakeri in seinem Begrüßungswort Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiter, und bezeichnete es als ein Gebot der Notwendigkeit, jeden Bruderkrieg in der Organisation zu unterlassen. Die Organisation hat sich, wie Bakeri hervorhob, trotz der Wirtschaftskrise und der Hemmnisse durch die Unternehmer, günstig entwickelt. In der Berichtsperiode ist sie um zirka 5000 Mitglieder gewachsen. Allein in der internationalen Werbewoche im vorigen Jahre wurden zirka 4000 Mitglieder gewonnen. Verschiedene Fälle von Disziplinsüßigkeit wurden von Bakeri verurteilt. Solche Fälle, die leicht Nachahmung finden könnten, führten zur Anarchie und schließlich zur Ohnmacht der Organisation. Der Verbandstag müsse sich scharf gegen solche Vorkommnisse aussprechen.

Der Vertreter der Lebens- und Genussmittelarbeiter der Tschechi, Biana, erklärte, daß dort die Verschmelzung der Arbeiterorganisationen der Lebensmittelberufe bereits erfolgt sei.

Grahmann begrüßte im Namen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes den Verbandstag und wünschte seinen Arbeiten besten Erfolg. Der Ausschussvorsitzende Wittich konstatierte in seinem mündlichen Bericht, daß die Zusammenarbeit des Ausschusses mit dem Verbandsvorstand ohne Reibung erfolgte. Auf Antrag Trautmann wird dem Kassierer Entlassung erteilt. Die Mandatsprüfungskommission beantragt durch Arndt die Gültigkeit aller Mandate, die beschlossen wurde. Hierauf wird in die Diskussion des Berichtsberichts eingetreten.

Lohnbewegung in der Eisenkonstruktion.

Montag abend beschäftigten sich im Verbandsraum der Metallarbeiter die Monteure, Helfer und Rieter der Eisenkonstruktionsbetriebe, die dem Verband Berliner Metallindustrieller angeschlossen sind, mit der Einleitung einer Lohnbewegung. Wie die Branchenleitung und auch die Disziplinsprecher berichteten, werden in diesen Betrieben zurzeit Löhne gezahlt, die aller Beschreibung spotten. So werden z. B. den selbständigen Monteuren, also gelerntem Schloßern mit hoher Verantwortung, Stundenlöhne von 90 Pf. und 1 M. und Hilfsmonteuren von 85 Pf., gewöhnlichen Schloßern von 74 bis 80 Pf. gezahlt. Das sind für diese schmutzige, schwere und zugleich gefährliche Arbeit geradezu schändliche Löhne, mit denen es den Arbeitern, zumal bei der ständig fortschreitenden Teuerung, einfach nicht mehr möglich ist, ihr Leben auch nur notdürftig zu fristen.

Diese jämmerliche Bezahlung hat zur Folge, daß einmal die betreffenden Firmen eine unbeschreibliche Schmutzkonkurrenz treiben, zum anderen aber auch die Arbeiter verjucken, durch Überstundenarbeit ihre lärglichen Verdienste aufzubessern.

Nach einer eingehenden Aussprache beschloß die Versammlung einstimmig, heute, Dienstag, in allen Betrieben eine Erhöhung sämtlicher Löhne und Akkorde um 15 Pf. zu fordern, jedoch nicht für die Hilfsarbeiter, deren Löhne tariflich mit dem ADGB geregelt sind.

Die Verhandlungen über diese Forderungen sollen spätestens bis Mittwoch nächster Woche beendet sein, da an diesem Tage eine neue Branchenversammlung zu dem Ergebnis der betrieblichen Verhandlungen Stellung nehmen und je nach dem Ausgang der Verhandlungen die weiteren Beschlüsse fassen soll.

Kanada für die fünfjährige Arbeitswoche.

(ADGB.) Der Ende August abgehaltene 43. Kanadische Gewerkschaftskongress sprach sich zugunsten der fünfjährigen Arbeitswoche resp. für die 40-Stunden-Woche aus. In einigen Industrien steht die fünfjährige Arbeitswoche bereits in Kraft, während in anderen noch 44 und 48 Stunden gearbeitet wird.

„Damit ist“, so schreibt der „Advance“, die 40-Stunden-Woche zum nächsten Kampfobjekt der Arbeiterbewegung in ihrem langen Ringen um kürzere Arbeitszeit geworden.“ Der Kongress befaßte sich außerdem mit sozialpolitischen und wirtschaftlichen Fragen, desgleichen mit der Abfassung resp. Reform des Senats, Wanderungsfragen usw. Die Mitgliederzahl der kanadischen Landeszentrale, die im vergangenen Jahre 121 842 betrug, ist erfreulicherweise auf 133 167 gestiegen.

Zu der Sperrung über die Firma Gebr. Friesede wird uns vom Zentralverband der Steinarbeiter mitgeteilt, daß der Steinmetz Ray Heinrich, Neufuß, Weissestr. 31, sich den streikenden Kollegen angeschlossen und die Arbeit bei der gesperrten Firma niedergelegt hat. Es ist zu hoffen, daß auch die anderen bei der Firma noch weiter Kauscherdienste verrichtenden Steinmetzen recht bald ihr arbeitserschütterndes Verhalten einstellen und sich den streikenden Kollegen anschließen.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute, Dienstag, 19. Uhr. Logen die Gruppen: Frankfurter Allee; Gruppenheim Städtisches Jugendheim Einarz Straße 18, Zimmer 2. Vortrag: Unsere Stellung zum Reichsgesetz. — Landsberger Platz; Gruppenheim Dietrichstr. 5. Vortrag: Die organische und anorganische Produktion und ihre Betriebsformen. — Fichtenberg; Gruppenheim Fichtenbergstr. 22. Vortrag (Fortsetzung): Aus der Geschichte der freien Gewerkschaften. — Treptow; Gruppenheim Schule Wilmersbrucher 1034 (Fortsetzung). — Wilmersberg; Gruppenheim Wilmersbergstr. 10. Vortrag: Die Berufsvereine werden in der Gruppe bekanntgegeben. — Humboldt; Jugendheim Kochstraße 18. Vortrag über Betriebs- und Arbeitsverhältnisse. — Schöneberg; 18 Uhr Spielen auf dem Sportplatz Am Urban. — Schöneberg; 18 Uhr Spielen auf dem Sportplatz Am Urban. — Köpenick; 19 Uhr Sitzung der Verhandlungskommission sowie der Kommission für Hilfsangelegenheiten und finanzielle Verhandlungen im Zimmer 7 und 2a Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24/25.

Jugendgruppe des ADGB. Heute, Dienstag, ab 19 Uhr. Spielen auf dem Sportplatz 7 im Treptower Park und auf dem Sportplatz an der Rohdammstraße (Königsberg). Kegelturnier, Tischtennis, Ballspiele. In der Turnhalle in der Turnhalle der Schule Marburger Str. 30 (Haltung Schan). Turnfahrten mitbringen! 18 Uhr Sitzung der Jugendleitung. Im Anschluß daran, 19 Uhr: Besprechung der Jugendfunktionäre im Jugendheim des Ortsbureau, Weisse-Str. 7/18.

Aus der Partei.

Gedenktafel am Geburtshaus Richard Fischers.

Kaufbeuren, 19. September. (Eigenbericht.)

Die Sozialdemokratische Partei Kaufbeurens feierte ihr vierzig-jähriges Bestehen. Aus einem in der „Schwäbischen Volkszeitung“ veröffentlichten Rückblick geht hervor, daß in Kaufbeuren im Jahre 1857 ein Arbeiterwahlkomitee gegründet wurde, um zu den Februarwahlen — den sogenannten Folchingswahlen — in den Kampf einzutreten zu können. Aus diesem „Arbeiterwahlkomitee“ entstand dann ein „volkstümlicher Wahlverein“, der nach dem Fall des Sozialistengesetzes in einen sozialdemokratischen Wahlverein umgewandelt wurde, bis es möglich war, den Namen „Sozialdemokratischer Verein“ anzunehmen. Der Bezirkssekretär Genosse Högg konnte bei der Jubiläumsfeier die Ehrung mehrerer Genossen vornehmen, die der Parteiorganisation 30 und mehr Jahre angehören. Das Mitglied des Parteivorstandes, Genosse Stelling, hielt die Festrede. Am Sonntag wurde am Geburtshaus des Genossen Richard Fischer eine Gedenktafel in feierlicher Weise enthüllt. Genosse Stelling hielt dabei eine ergreifende Ansprache, das Leben und Wirken Fischers für die Partei und die Menschheit in lebendigen Worten darstellend. Zu der Feier hatte sich auch Frau Fischer nebst Familie eingefunden. Genosse Emil Fischer-Nürnberg dankte namens der Familie für diese Ehrung. Das in Kupfer getriebene Reliefbild wurde von einem Kaufbeurener Parteigenossen (Adolf Huttner) lebenswahr hergestellt. Diese Gedenktafel wird dazu beitragen, das Gedächtnis an diesen treuen Sohn des Volkes auf lange Zeit wachzuhalten!

Der Wahlzettel in Stenensisch-Siemeritz hat unseren Genossen Beteman-Warburg als den einzigen Sozialdemokraten in das Reichsparlament gebracht. Im Wahlkreis Warburg konnten unsere Genossen ihre Stimmzahl gegen 1925 um ein gutes Drittel, nämlich um 2332 steigern, in der Stadt Warburg sie sogar verdoppeln. Ein schöner Fortschritt ist auch in den Rohlenvereinen zu verzeichnen, wo unsere Stimmen um 150 Prozent gestiegen sind. Der schöne Erfolg ist gewiß unserem wacker kämpfenden Parteiblatt, der Warburger „Volksstimme“, zu verdanken.

Verantwortlich für Politik: Richard Berkefeld; Wirtschaft: G. Ringelblat; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schützmann; Sozial- und Konflikte: Fritz Karst; Anzeigen: Ed. Gluck; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwärtz-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 61, Lindenstraße 2, Bldg. 2 Bellagen und „Unterhaltung und Witz“.

Internationaler Beamtenkongress.

Nürnberg, 19. September. (Eigenbericht.)

Die Internationale Vereinigung von Angestellten, Beamten und Lehrern, die seit dem Jahre 1923 besteht, wurde im Mai 1925 auf ihrem ersten Kongress in Paris ins Leben gerufen. Das Bureau des Kongresses hielt bereits am Freitag eine Sitzung ab. Die offiziellen Verhandlungen begannen am Sonnabend nachmittags nach einem Empfang der Mitglieder des Bureau und des Ausschusses der Internationale durch Oberbürgermeister Dr. Luppe im Nürnberger Rathaus. Der Kongress tagte im Künstlerhaus. Das Bureau wurde gebildet von Falkenberg (Berlin), dem Internationalen Sekretär Noordhoff (Holland), Laurent (Frankreich), Dorer (Deutschösterreich) und Lewellin (England). Anwesend sind 25 Delegierte, und zwar außer den hier bereits genannten Ländern aus Schweden, Finnland, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und der Schweiz.

Falkenberg eröffnete den Kongress mit einer Ansprache, in der er auf die Entstehung der IAB hinwies, die der Notwendigkeit internationaler Verständigung auch der Beamtenchaft entspringt. Mit Genugtuung stellte er fest, daß der Internationale Gewerkschaftskongress in Paris die Beamten-Internationale ausdrücklich anerkannt hat als vollwertigen Faktor im Kampfe um die Interessen der internationalen Arbeitnehmerbewegung. Es gelte nun, durch die Tat zu beweisen, daß die IAB als Teil der gesamten Hand- und Kopfarbeiterchaft durch ihre Mitarbeit die gemeinsame Kampffront stärke.

Unter den Gästen begrüßte er den Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion des Bayerischen Landtags, des Bezirksvereins Nürnberg der SPD, Steinkopf als Vertreter der Reichstagsfraktion der SPD, die Vertreter des ADGB und des AM-Bundes, den Sekretär des Internationalen Bundes der Briantangestellten, Dr. Meyer (Wien), des Einheitsverbandes der Eisenbahner, des Deutschen Verkehrsverbandes, des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, sowie die Vertreter einer ganzen Reihe von Beamtenorganisationen, die dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossen sind.

Oberbürgermeister Dr. Luppe eröffnete den Reigen der folgenden Begrüßungsansprachen. Er wünschte, daß die Tagung zu einer Befestigung und Verbesserung des Verhältnisses zwischen dem Staat und seinen Beamten und Angestellten, wie zur Förderung des Weltfriedens beitragen möge.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen gab Noordhoff den Geschäftsbericht. Der Bericht liegt gedruckt vor und wird von Noordhoff ergänzt. Nach einer Schilderung der Entwicklung der jungen Beamten-Internationale erörterte er deren Aufgaben und rekapitulierte die Beschlüsse des Pariser Kongresses. Er berichtete weiter über die Arbeiten der Exekutive seit dem letzten Kongress und über die Sitzungen des Bureau. Bei den verschiedenen Zusammenkünften in Karlsbad, Genf und Köln wurden außer den internen Angelegenheiten jeweils die aktuellen Fragen in den verschiedenen Ländern erörtert. Noordhoff besprach dann die Zusammenarbeit mit dem ADGB, das Verhältnis zur IFT, zur IZ, und zum Internationalen Berufssekretariat der Bediensteten öffentlicher Betriebe.

Schwierig war die Frage der Verbindung mit der neugegründeten Internationale der Intellektuellen. Die neue, mit Unterstützung des ADGB, ins Leben gerufene Lehrer-Internationale hatte zu einem Mißverständnis mit Frankreich geführt, das dadurch beseitigt wurde, daß die französischen Lehrer der pädagogischen Internationale angehörten, jedoch zur Wahrung ihrer materiellen Interessen bei der IAB verbleiben wollten.

Die Versuche zur Gründung einer „neutralen“ Beamten-Internationale seien bis jetzt erfolglos geblieben. In seinen weiteren Ausführungen schildert der Redner die Bemühungen, mit den noch nicht angeschlossenen Ländern in Verbindung zu kommen. Ein Erfolg ist durch den Anschluß von Griechenland zu verzeichnen, dem der Anschluß Schwedens und der Jugoslawiens folgen wird. Alles in allem bot der Bericht

ein Bild von der umfangreichen und rührigen Arbeit.

die das Internationale Sekretariat in der Berichtszeit geleistet hat.

Hierauf wurden die Kommissionen gebildet zur Behandlung der Zeitungsfrage, eine Finanz- und Revisionskommission und eine Kommission zur Behandlung der Koalitionsfrage und zur Stellungnahme zu den antigewerkschaftlichen Tendenzen in verschiedenen Ländern.

Am Abend ging die öffentliche Kundgebung vor sich, die von den sogenannten Nationalsozialisten gestört werden sollte und über die wir im gestrigen Abendblatt bereits berichteten.

Vergleichsvorschlag für die Straßenbahner.

Im Straßenbahneratistreit führten die gestrigen Verhandlungen vor dem Schlichter für Groß-Berlin zu einem neuen Vergleichsangebot, welches die Punkte Arbeitszeit, Urlaub und Zuschlag für ständige Nachtarbeit umfaßt. Die Belegschaft wird am Mittwoch dazu Stellung nehmen.

Die dreigeteilte Wechselschicht.

Für alle Hochofenarbeiter!

Durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 20. Juni 1925 wurden etwa ein Drittel der Hochofenarbeiter dem § 7 der Arbeitszeitverordnung ab 1. April 1925 unterstellt. Für die übrige Belegschaft an Hochöfen und die Maschinen der Gas-, Kraft- und Dampfsentralen blieb nach wie vor die zweigeteilte Wechselschicht bestehen. Auch in der Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit für Hüften- und Walzwerksarbeiter vom 16. Juli 1927 wurden diese Arbeitergruppen nicht erwähnt. Die Gewerkschaften versuchten bei der Neuregelung der Arbeitszeit im Juli dieses Jahres auch für diese Gruppen die dreigeteilte Schicht zu erreichen, es wurde jedoch ein Schiedsspruch gegen die Stimmen der Arbeitnehmer gefällt, der dieser berechtigten Forderung nicht Rechnung getragen hat. Die gesamten benannten Arbeitergruppen wurden ausgeschlossen, das heißt für sie bleibt auch nach dem 1. August 1927 die zweigeteilte Schicht weiter bestehen.

Um diesem Uebelstand abzuhelfen, hat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine erneute Eingabe an den Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrates gerichtet mit dem Antrag, daß die erwähnten Arbeitergruppen in aller Kürze dem § 7 der Arbeitszeitverordnung unterstellt werden, das heißt, daß für sie die dreigeteilte Wechselschicht eingeführt wird.

Unter Segen liebt die Luftschiffahrt
Soll doch gerne das Mittel erproben.

Darum suchst du hier den Schilappel hier
Ein Bäckel als „Blinder Passagier“.

Droben führt er, wenn's auch etwas stiehlt,
Sich ein Reiz-Brotchen zu Gemüt.
Und die Bäckel denken in der Luft:
„Das ist mal ein feiner Butterduft!“

Und auf's Brot
die frische Kesi
die bayerische Kernmargarine!

Zu jedem Pfund der Tafelmargarine „Frische Kesi“ verlange man gratis den neuesten Band der Real-Bauschöchererl. Vertreter der V.M.W. Nürnberg: Real-Agentur, Berlin NO 43, Neue Königstr. 3. Tel.: Königstadt 1866, 1866, 1962.

Bestohlene Konstruktionspläne.

In Stuttgart bei der S.K.F. Norma fünf Angestellte, in Berlin bei der Riebe A.-G. drei Angestellte verhaftet.

Eine fessame Diebstahlsaffäre, die bei der S.K.F. Norma G. m. b. H. in Stuttgart aufgedeckt wurde, spielt auch nach Berlin herüber. Aus der Kugellager- und Maschinenfabrik in Stuttgart bzw. dem dortigen Konstruktionsbureau der Werke kamen Konstruktionszeichnungen und Berechnungen oder deren Durchschläge abhanden. Die Staatsanwaltschaft und die Kriminalpolizei in Stuttgart beschäftigten sich schon seit geraumer Zeit mit der Angelegenheit. Die Ermittlungen hatten bisher das Ergebnis, daß dort 5 Beteiligte verhaftet wurden.

Die Fäden, die in Stuttgart gefunden wurden, liefen u. a. auch nach Berlin, wo sich die Zentrale der S.K.F. Norma in der Rohrenstraße befindet. Hier führten sie nach dem Riebe-Werk A.-G. für Kugel- und Rollenlager in der Riebestr. 1-7 zu Weihensee. In diesem Werk sind auch Leute tätig, die früher bei der Norma in Stuttgart arbeiteten. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Stuttgart kam von dort ein Kriminaloberinspektor nach Berlin, um den Spuren weiter nachzugehen. Von Beamten der Berliner Kriminalpolizei und fachverständigen Ingenieuren unterstützt, nahm er gestern im Riebe-Werk in Weihensee überraschend eine umfassende Durchsichtung vor. Es wurden Zeichnungen und Berechnungen der Norma entdeckt und mit der Korrespondenz, die auf sie Bezug hatte, beschlagnahmt. Ein Betriebsleiter, ein Werkmeister und ein Werkzeugmacher erschienen so verdächtig, bei den unsäuerlichen Nachforschungen ihre Hand im Spiel zu haben, daß sie vorläufig festgenommen wurden. Sie sollen Zeichnungen und Berechnungen selbst von Stuttgart mit herübergebracht haben. Andere sollen durch die in Stuttgart verhafteten Personen auf dem Umwege über die Schweiz dem Riebe-Werk zugeleitet worden sein.

Die Generaldirektion in der Rohrenstraße auf Anfrage, daß sie, weil Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei die Sache in Händen haben, von sich aus keine weiteren Mitteilungen machen könne, um nicht unter Umständen die Ermittlungen zu stören. Das Riebe-Werk, in dem gestern nachmittag die Durchsichtungen noch fortgesetzt wurden, war durch den Fernsprecher nicht zu erreichen. Ob die Leitung dieses Werkes von den Nachforschungen irgend etwas gewußt hat, entzieht sich unserer Kenntnis, weil die Nachforschungen und Feststellungen in den Händen der Stuttgarter Staatsanwaltschaft liegen.

Die Polizeiaktion in den Riebe-Werken wurde unterstützt durch Techniker der Norma-Werke aus Stuttgart und aus der

Berliner Filiale. In erster Reihe wurden Materialproben und Werkzeugmaschinen beschlagnahmt, die in Lastwagen nach dem Polizeipräsidium geschafft und dort sichergestellt worden sind. Auch die Geschäfts- und Kassensbücher sowie Akten der Personalabteilung und der Korrespondenz wurden von den Beamten beschlagnahmt, desgleichen Konstruktionszeichnungen von Maschinen.

Es ist zu hoffen, daß die polizeilichen Maßnahmen nicht zu einer Stilllegung der Werke führen.

Die Riebe-Werke A.-G. sind 1920 aus der Riebe-Kugellager- und Werkzeugfabrik G. m. b. H. hervorgegangen. Der Grundbesitz der Gesellschaft beträgt 44 200 Quadratmeter, sie besitzt rund 700 Werkzeugmaschinen und beschäftigt zurzeit annähernd 900 Personen. Die Firma gehört neben den ihr benachbarten deutschen Riebe-Werken zum Richard Kahn-Konzern, der bekanntlich im Vorjahre saniert werden mußte. Ein Vergleich mit den Gläubigern in Höhe von 30 Proz. und eine Kapitalzusammenlegung von 4 auf 1,4 Millionen Mark und eine Wiedererhöhung auf 4 Millionen Mark brachte das Unternehmen wieder in Gang. Die Fabrik befaßt sich in der Hauptsache mit der Herstellung von Kugeln, Rollenlagern und Eisenbahnbedarfsgegenständen. Die Firma Berliner Kugellager-Fabrik G. m. b. H. A. Riebe in Berlin-Wittenau, Rosenhaler Straße 23, über die wir erst kürzlich längere Ausführungen brachten, steht, wie wir hören, in keiner Verbindung mit der Weihenseer Riebe-Werke A.-G.

Eine Erklärung der Riebe-Werke.

Die Direktion der Riebe-Werke A.-G. in Berlin-Weihensee teilt uns auf Anfrage mit:

Gestern früh erschien in unseren Fabrik- und Geschäftsräumen die Kriminalpolizei, begleitet von einer größeren Anzahl von Herren unserer Konkurrenzfirma, der Kugellagerfabrik S. K. F. Norma in Stuttgart, mit der wir seit unserem Austritt aus der Konvention in schärfstem Wettbewerb stehen. Die die Kriminalpolizei begleitenden Herren waren Direktoren, Ingenieure und Angestellte der genannten Firma. Es erfolgte eine vollständige Durchsichtung unserer Räume und Betriebe. Wir warten das Ergebnis der Untersuchung in Ruhe ab. Der Direktion sind irgendwelche strafbaren oder unläuterer Handlungen nicht bekannt. Der Betrieb geht in normaler Weise weiter. Er wird durch die Geschehnisse des gestrigen Tages nicht im mindesten berührt.

gegen die Mietzinspolitik der Reichsregierung. Unbekümmert um die wirtschaftliche Kollage des weitaus größten Teiles der deutschen Mieterchaft und unbekümmert um die Nöte unserer Wirtschaft wird sorglos das arbeitslose Renteneinkommen des Hausbesitzes erhöht, obwohl dieser seine Werte durch Kriegs- und Inflationszeit hindurch gerettet hat. Die Mieterchaft wehrt sich mit aller Entschiedenheit dagegen, das Opfer einer volkswirtschaftlich verheerenden Mietzinspolitik zu werden. Es kommt heute darauf an, die Neubaumieten durch rückichtslose und energische Bekämpfung des Baustoffwuchers und durch Erleichterung der Finanzierung zu senken, nicht aber die Altbaumieten ohne wirtschaftliche Notwendigkeit immer weiter zu steigern. Die Rentabilität des Hausbesitzes hat längst die Höhe der Vorkriegsrente überschritten. Jede weitere Mieterhöhung geht auf Kosten der ohnehin schwer bedrohten Lebenshaltung der breiten Massen und ist deshalb unerträglich.

Endlich protestiert der Reichsbund gegen die Absicht der Reichsregierung, dem Hausbesitz die Inflationsverluste der Hypothekengläubiger im Gesamtbetrage von 50 bis 60 Milliarden Goldmark durch allmählichen Abbau der Hauszinssteuer in die Hände zu spielen. Die ungeheure Wohnungsnot und das unglückliche Wohnungsleben des deutschen Volkes erfordern die Erhaltung dieser Riesensumme für die Allgemeinheit zu Zwecken des Wohnungsneubaus und zur Sanierung schlechter Wohnviertel. Sollte die

wirklich „Großes“ beginnen. Ich bin überzeugt, daß es dir nicht an Tüchtigkeit fehlt, die Leute, die Erfolg gehabt haben, sind sicher nicht intelligenter als du, und sind nicht halb so stark. Und ich finde, du kannst bei deiner Begabung etwas Großzügigeres leisten als Fische fangen.

„Großzügiger!“ rief er, „die Lachsindustrie ist eine der größten Industrien an der ganzen Küste. Sie beschäftigt allein zehntausend Leute in Alaska und es werden jährlich zehn Millionen Dollar dabei verdient.“

„Ach, verschone mich bitte mit Statistik,“ sagte Mildred. „Ich meine nur, ein Fischer ist nichts im Vergleich zu einem Juristen oder einem Architekten, zum Beispiel. Ein Fischer ist nicht mehr als ein Goldgräber. Verzeih mir, Boyd, aber sieh nur einmal deine Kleidung an.“ Sie fing an zu lachen. „Du siehst aus wie ein gewöhnlicher Arbeiter.“

Zum erstenmal wurde es ihm klar, daß er hier eine klägliche Figur spielte. Alles um ihn her sprach von Luxus und Reichtum, sogar der Matrose, der gerade vorbeiging, war besser gekleidet als er. Er fühlte plötzlich, daß er hier nicht her gehörte.

„Ich hätte mich etwas hübsch machen können, das ist wahr,“ sagte er nachgiebig, „aber als du kamst, habe ich alles andere vergessen.“

„Offen gestanden, ich genierte mich furchtbar, als ich dich vorhin Berrys und den Anderen vorstellte. Sie glaubten gewiß, du seiest Herrn Marshs Werkführer.“

Noch nie hatte Boyd in Mildreds Gesellschaft Verlegenheit empfunden, jetzt aber spürte er hinter ihrem gleichgültigen Wesen eine Zurechtweisung, und sie verwundete ihn tief. Er sagte nichts; nach einer Weile aber begann sie wieder, indem sie plötzlich das Thema wechselte.

„Die geheimnisvolle Frau wohnt also in dem komischen kleinen Haus dort drüben?“

„Wer?“

„Cherry Malotte.“

„Ja. Woher weißt du das?“

„Herr Marsh hat es uns gezeigt. Er sagte, sie sei mit dir zusammen hergekommen.“

„Das ist wahr.“

„Warum hast du mir nichts davon erzählt. Warum schreibst du mir nicht, daß du sie in Seattle getroffen hast?“

„Ich weiß nicht, ich habe gar nicht daran gedacht.“

Reichsregierung auf ihrem Standpunkt verharren, so wird der Reichsbund Deutscher Mieter zu verschärften Kampfmaßnahmen aufrufen.

Wie es beim Film zugeht!

Eine äußerst dunkle Flimmergeschichte.

Im Filmbetrieb ist manches nicht ganz klar! So beschäftigte gestern eine mysteriöse Filmaffäre in einer Privatklage das Amtsgericht Mitte.

Wegen Beleidigung klagte Ludwig Brader gegen den verantwortlichen Leiter der Lichtbildbühne Mendel. Er fühlte sich dadurch beleidigt, daß über ihn geschrieben worden war, er habe als Kompensationsfilm für die Einfuhr eines französischen Films der Prüfungsstelle einen aus zwei alten Filmen zusammengefügt Film vorgeführt, und dem Abnehmer des Films hätte er unter Berufung auf seine Beziehungen zu der Außenhandelsstelle als langjähriges Mitglied der Prüfungsstelle und im Außenhandelsauschuß für die Filmindustrie versichert, daß er auch einen derartig zusammengesetzten alten Film durchdrücken und daß er dann eine etwaige Strafandrohung abwenden könne. Der Kläger Brader bestritt die Richtigkeit dieser Behauptungen. Er will selbst nicht gewußt haben, daß der in Frage kommende Film „Dwe Dja's Söhne“ aus zwei alten Filmen zusammengeschnitten worden sei. Der seinerzeit bei der Firma Lorenz G. m. b. H. angestellte Dr. Lange hatte in einer kommissarischen Aussage im allgemeinen die Angaben des Angeklagten bestätigt. Dem Gericht schien aber diese Aussage unvollkommen. Es beschloß, den Zeugen persönlich zu laden.

Nach einem von Direktor Landwehr vom Reichswirtschaftsministerium vorgelegten Aktenstück hat seinerzeit Regierungsrat Lippe in den Akten vermerkt, daß Brader trotz des Hinweises darauf, daß es sich um einen zusammengesetzten alten Film handle, diesen an Lorenz unter der Zusicherung, es handle sich um einen neuen Film, verkauft habe.

Zur Klärung all dieser Fragen kam das Gericht zu einer Vertagung, da überdies auch der ebenfalls als Zeuge geladene Filmregisseur Richard Oswald nicht erschienen war. Zu der neuen Verhandlung sollen sämtliche Zeugen und auch Regierungsrat Lippe geladen werden.

Die Unterschlagungen beim Polizeiamt Wedding.

Wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung hatte sich vor dem Erweiterten Schöffengericht Mitte der Polizeiobersekretär Distelhardt zu verantworten. Der Angeklagte hatte die Leitung der Geschäftsstellen der Unterfunk-, Bekleidungs- und Befoldungs- und auch das Kraftfahrzeugwesen übertragen erhalten. Innerhalb von vier Monaten hatte er im Laufe des Jahres 1925 13 000 Mark unterschlagen. Nebenher hatte er aber auch in derselben Zeit noch das Vermögen seiner Frau in Höhe von ebenfalls 13 000 Mark bis auf einen Rest von 29 Mark durchgebracht. Den Betrieb auf dem Polizeiamt unter der Leitung des Angeklagten bezeichnete der Vorsitzende mehrmals als Vorkriegswirtschaft. Der Verteidiger machte für den Angeklagten eine Reihe von Milderungsgründen geltend. Das Urteil lautete auf zehn Monate Gefängnis, welche Strafe der Angeklagte inzwischen durch seine Untersuchungshaft verbüßt hat.

Die Berufsmusiker demonstrieren.

Der „Deutsche Musikerverband“ versammelte gestern mittag seine Mitglieder auf dem Wintertempelplatz zu einer Demonstration gegen die Konkurrenz der Militär- und Beamtenmusiker. Mit großen Transparenten, auf denen gefordert wurde, daß der Staat seinen Beamten verbietet, anderen Erwerbstätigen die Arbeit wegzunehmen, erschienen die einzelnen Gruppen des Musikerverbandes auf dem Platz. Um 1/4 Uhr formierte sich ein Demonstrationszug. Unter den Klängen von drei Musikkapellen durchzogen die Berufsmusiker die Straßen des Westens. An den Seiten des Zuges verteilten Ordner Flugzettel, in denen dazu aufgefordert wurde, die Kapellen der Berufsmusiker zu engagieren. Auch in den Kaffees und Restaurants wurden die Zettel verteilt. Nach dem Umzuge versammelten sich die Demonstranten auf dem Wintertempelplatz. Nach einigen Musikvorträgen sprach Genosse Gallas zu den Versammelten. Er führte aus: Die Weimarer Verfassung bestimmt ausdrücklich, daß jeder durch wirtschaftliche Arbeit seinen Lebensunterhalt verdienen kann. Arbeit ist auch für die Berufsmusiker genügend vorhanden. Aber Leute, die schon in einer anderen Stellung beschäftigt werden, nehmen den Musikern ihr Brot. Beamte, die schon vom Staat befolde werden, spielen, Militärkapellen spielen, und Berufsmusiker müssen mit der vom Staat gezahlten Unterstützung ihre Familie „ernähren“. Die Berufsmusiker

Die Silberwärme

Von Rex Beach (Nachdruck verboten)

Kutschkarte Uebersetzung aus dem Englischen von Julia Rappal

„Du bist noch immer derselbe,“ lächelte sie, „du verstehst es, mich aus aller Alltäglichkeit herauszuheben. Keiner ist wie du. Aber hier sind ringsherum Leute und auch Vater muß irgendwo in der Nähe sein.“

„Das kümmert mich nicht.“

„Aber mich.“

„Meine Barakke liegt dort unten. Komm mit mir an Land, damit ich dir zeigen kann, was ich ausgerichtet habe.“

„Ich kann nicht. Ich habe versprochen, mit Berrys und Herrn Marsh an Land zu gehen.“

„Marsh!“

„Sei nicht so hitzig! Und nimm nicht gleich alles tragisch. Wir sollen seine Fabrik besichtigen und dort essen — sie warten auf mich. Ach!“ rief sie klagend, „ich habe auf der ganzen Reihe von nichts anderem als von Lachsconservenfabriken gehört. Die Herren sprechen von nichts anderem als von Fischschwärmen und Geldmacht und Dividenden. Wie ist das alles langweilig. Und wie habe ich es satt! Vater ist natürlich der Schlimmste.“

Emerson zeigte auf seine eigene Fabrik.

„Du hast meine — unsere noch nicht gesehen,“ sagte er.

„Doch, Herr Marsh hat sie Vater und mir gezeigt, sie sieht nicht anders aus als die anderen.“ Es entstand eine Pause, dann fuhr sie fort: „Weißt du, daß einzige, was mich interessiert, ist die Art, wie die Chinesen rauchen. Diese gebogenen Pfeifen und die kleinen Prisen Tabak sind doch zu komisch.“ Der leichte Ton, in dem sie sprach, dämpfte seine Begeisterung, der Haufen formloser Gebäude, den sie am Ufer liegen sahen, erschien ihm plötzlich profan.

„Interessiert dich auch nicht, was ich erreicht habe?“ fragte er.

„Herr Marsh hat uns schon alles erzählt, bevor du an Bord kamst. Boyd, mir hat dieses Unternehmen nie recht gefallen, obgleich ich nichts dagegen gesagt habe. Du warst ja so begeistert dafür, ich aber finde, du solltest lieber etwas

(Fortsetzung folgt.)

Schorch Steiner.

Von Mag Dortu.

Der Himmel war grau, grau und silbern: als Untergrund. Ueber den grausilbernen Untergrund des Himmels trieb der frische Westwind schwarzblaue Wolkensegen hinweg, wie zerflattertes Fahnenstück waren diese Wolkensegen. Und schön war neben der Sportwiese das Gerausche des Windes im Gebiet der Pappelbäume, Eichenbäume, oben das Blatt grün, unten das Blatt silbern. Sei, drei weiße Tauben. — Und auf der Sportwiese flogen die Bälle, rote Fußballmannschaft war am Leben. Der frischeste unter den jungen springenden Burschen war der Schorsch Steiner, der Kupferschmied. Hink wie ein Meisel sprang er hierhin — und dorthin, sein Auge bligte, seine Wangen waren so wie die Wangen reifer Septemberäpfel. Lustig, Schorsch Steiner, frei-Ball, frei-Schwung!

Auf einmal aber blieb der Schorsch mitten im Sturmhauf wie angezaubert stehen, wie vom Blitz getroffen — er hob die linke Hand an die Brust, presste seine Brust, er war im Anstich ganz gelb geworden, und nun stürzte er um! Seine Kameraden sind bei ihm. Sie beugen sich über ihn, sie reißen ihm die rote Sportsbluse und das graue Wollhemd auf — sie überprüfen mit Freundeshand die Brustgegend über seinem Herzen — und sie fanden heraus: der Fehler steckt im Herzen drin, das Herz des Schorsch hat'n Knacks getroffen — er muß gleich ins Krankenhaus. Rauft ans Telefon, bestellt das Sanitätsauto, Schorsch — wie geht's? Der Schorsch röchelte, er verdrehte die Augen.

Das Krankenhaus. Es riecht nach Tod und es riecht nach Schmerzen. Der Oberarzt beim Schorsch Steiner. Der alte graue Oberarzt sagt: I bewahre, das Sportspiel hat keine Schuld, die Krankheit wäre bei diesem Patienten früher oder später doch ausgebrochen, er ist von Hause aus herzleidend, ein Erbsfehler, wir wollen sehen, daß wir ihn wieder gesund kriegen. — Und die Mutter war ein wenig getrübt, sie trocknete ihre Tränen und sie küßte ihren Schorsch, mitten auf den blaßroten Mund. Mit der Mutter war auch die Lina, die war die Braut des Kupferschmiedes Schorsch Steiner. — Dunnerkeil, was für'n schönes Mädchen, ich möchte der kranke Schorsch sein, nur um die Lina küssen zu dürfen. — Lina?, weinst du nicht? — Oh was, weinen?, mein Schorsch wird wieder gesund, dazu habe ich, die Näherin Lina, meinen Schorch viel zu gerne — gellet, Rauff? — Und die Lina warf sich über des Bett ihres Freundes, sie umarmte und herzte ihn. — Da ist nichts Heiligeres auf der Welt, als die achte reine Liebel!

Beider wollte es mit dem Patienten im Bett Nr. 27, mit Freund Schorsch, gar nicht recht vorwärts gehn, sein Zustand blieb stationär, ja, verschlechterte sich. Der Oberarzt meinte: Nun probieren wir es mal mit der Pille H. H. 44. Ein neues Produkt vom Anilinfabrikanten, soll geradezu Wunder tun, soll Sterbenden noch Heilung bringen. Ist dreimal patentiert. — Leider aber brachte die Pille H. H. 44 dem Schorsch Steiner auch keine Besserung. Es ging ihm schlecht und schlechter. Und als abends ein Duzend Freunde zu ihm wollten, auf Besuch, da sagte der Oberarzt: Rät, nig zu morgen, ihr kommt nicht vor, der Patient Nr. 27 braucht Ruhe.

Das war für Schorsch Steiner eine schlimme Nacht. Er hatte Fieber über vierzig. Die treue Schwester sah die ganze Nacht an seinem Bette, die alternde treuäugige Krankenschwester, sie küßte mit Eiswasser dem Schorsch die Stirne und die Pulse an den Handgelenken. Schorsch fieberte, er phantasierte, die alte Krankenschwester konnte seinen Worten nicht recht folgen — dies hörte sie: Hol, wie's so rot weht — Freiheit — nun haben wir sie unter — das Hakenkreuz liegt zerstückelt — auch China ward frei — rote Sportler, nochmals zum Sturm — der Ludendorff rückt aus — Sozialismus in Wirklichkeit und Staat — Bebel — der dort ist der Daurés — den Kindern schenken wir das Beste — —. Das waren so Sprachschnecken aus den Fieberphantasien des todeskranken Kupferschmiedes Schorsch Steiner. Dann schlief er ruhig ein, Besserung schien zu kommen.

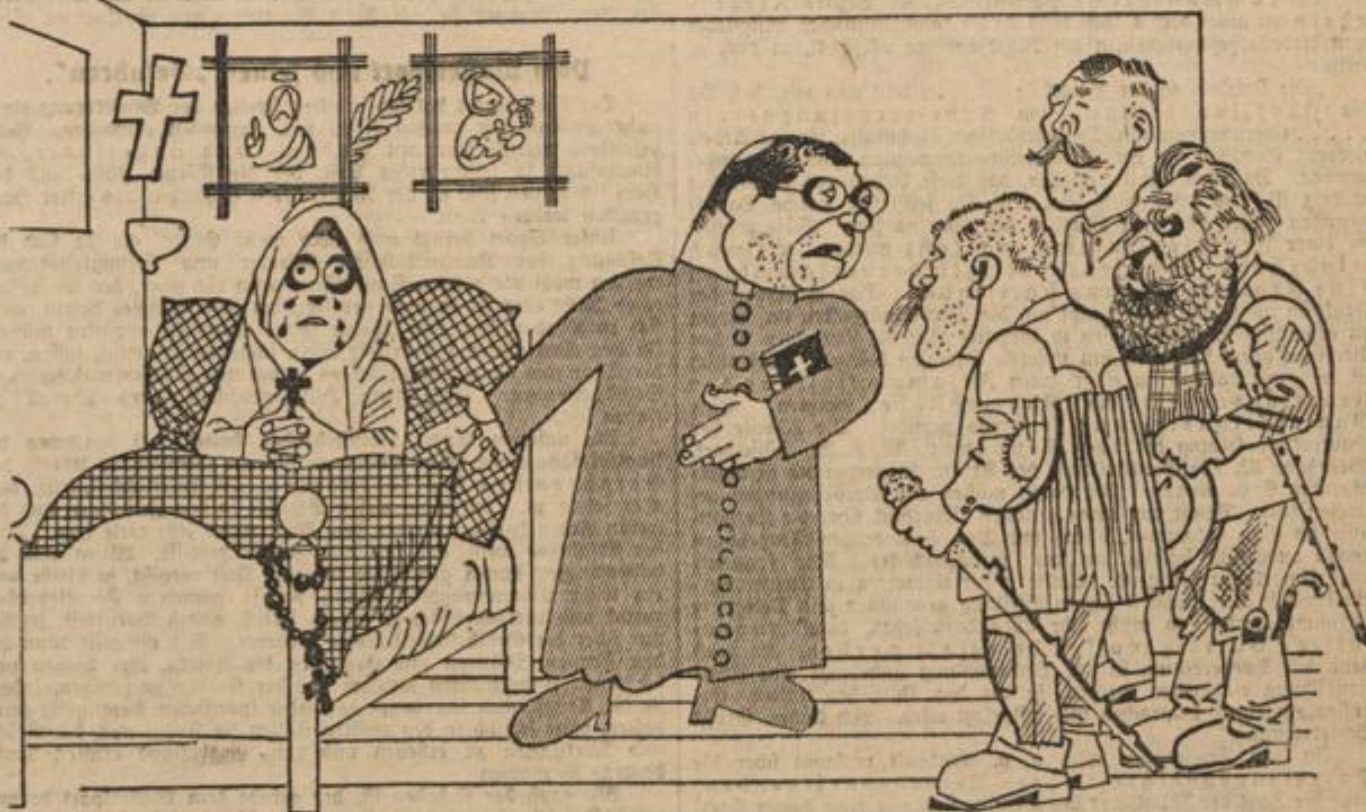
Morgens früh. Die Sonne ging auf. Die Sonne ligt vorm Fenster des Krankenzimmers, sie spielt auf einer ganz kleinen, feinen goldenen Flöte. Der kranke Schorsch hörte die sonnige Melodie, sein Herz hofft: Ich werde leben! Und den ganzen Tag über ging es dem kranken Schorsch ein wenig besser. Mutter brachte einen gelochten Hühnersüßel — und Lina, die Braut, die brachte Blumen: herbstbunte, wunderhübsche Dahlien. Eine Glode läutet laut durchs Krankenhaus, schrill und hirt: rrrööö, rrrööö, rrrööö, Befuchzeit ist um. Mutter und Braut weinten, sie wußten nicht, warum?, sie küßten den kranken Schorsch immer nochmal, und auch dem standen Tränen in den Augzwinkeln, auch der wußte nicht warum. Es war ihm sehr wehmützig um die Seele. Und er hörte immer ein dumpfes Klauschen und Brausen, als ob aus den Himmeln schwarze Wasserfluten wildbrausend herabstürzten.

Nacht. Mondschein. Schorsch? wie — geht's — — dir? Ruhig. Nicht so laut. Er atmet sehr schwach. Die wachende Schwester geht neues Eis holen. Das denkliche draußen der Mond, er flüßte sich groß und gelb vors Fenster des Krankenzimmers, Schorsch schaut mit Schrecken auf das gelbe Anlich des Mondes — und auf einmal schmolz der Mond durch die Glasscheibe des Fensters hindurch, er kam auf den Schorsch zu, mit langen Spinnenbeinen — und der gelbe Mund des Mondes verzog sich zu einem spöttischen Grinsen, er höhnte: Menschlein, deine Zeit ist um — und dabei warf der Mond ein gelbes Seidentuch über das Anlich des kranken Schorsch — der konnte nicht mehr atmen — er biß wütend in das gelbweide Mondtuch — und dann — und dann — — als die Krankenschwester mit leisem Kohenschnitte ans Bett des Patienten Nr. 27 zurückkam — da war der arme Schorsch Steiner — tot! Die Schwester weinte. Denn sie hatte den Kranken gern gehabt. — Aber Schorschens Mutter schrie dabei im Traume zu dieser selben Sekunde hart auf, sie hatte geträumt: Jetzt stirbt er, mein Sohn! — Die Braut Lina jedoch, die träumte Hochzeit! Der letzte Herzschlag des Schorsch war ein Kuß auf die Stirne der Braut.

Vom Begräbnis ist nicht viel zu sagen, nur dieses, daß es kein Begräbnis war, sondern ein Verflammen, der Körper des Schorsch Steiner ward verbrannt. Die Flamme froh, was irdisch war, Geist und Seele waren längst zurückgekehrt in die großen Urferne alle Lebens, die wir wohl mit Verlegenheitsworten heißen: Weltengeist, Weltkraft, Kosmos, Universum — oder noch unklarer und noch verlegener — Gott??

Nun ist alles aus. Die roten Fußballer hatten natürlich ihren Kameraden und Sportgenossen auf dem letzten Wege zum Krematorium begleitet. Statt des Pfaffen sprach ein alter Parteigenosse, er sprach treffende Abschiedsworte — und die Musik der „Naturfreunde“ spielte dem toten Schorsch einen Chopinschen Trauermarsch — und jetzt ist eben alles vorbei. Der Freund ist im Körper gniffammt, sein Unsterbliches lebt im Erinnern der Kameraden und

Bei der heiligen Therese von Konnersreuth.



Seht, Ihr Leute, seit zwei Jahren nimmt die Resl kein Essen mehr zu sich. Werdet's auch so fromm, dann gewöhnt Ihr Euch auch das Fressen ab und könnt mit Eurem Lohn auskommen!

in der Liebe der Mutter und Braut ebenso weiter, wie im Flimmern der mittlernächstlichen Sternenaugen. Nichts stirbt — alles ist nur Umwandlung.

Mutter Steiner und die Trauerbraut Lina sind mit dem Auto heimgefahren. Die Kameraden des Schorsch marschieren nun auch vom Friedhof ab — aber! — keine Trauermusik mehr, sondern die roten Fußballer marschieren unter Freudeklängen. — „Das Leben geht weiter!“ Lustige Musikmärsche. Nicht die Köpfe hängen lassen. Ein Freund ist tot — und nicht tot, mögen die Frauen weinen, wir Burschen und Männer marschieren weiter — unterm Klang der Kompfonaren — aller roter Sport ist Training zur großen Abrechnung — die ist der Endkampf mit der internationalen Bourgeoisie.

Nacht Tage darauf. Ein rotes Sportfest. Sind auch die Fußballer dabei, mit ihrer roten Vereinsfahne. Daran hängt eine schmale schwarze Schleife — darauf steht in ganz kleinen goldenen Buchstaben: „Schorsch Steiner.“ So haben die Kameraden vom roten Ballspiel ihren toten Kameraden geehrt, denn: es soll nicht vergessen sein, der Schorsch war von der roten Sportsgruppe der allerbeste Spieler gewesen! Und nun kämpfen wir weiter — frei-Spiel, frei-Ball! Wir erkämpfen eine bessere Welt. Mit uns der Sturm!

Die Entstehung der Kontinente.

Von Willy Weg.

Wir wissen, unterm Erdzeitalter, in welchem wir uns des Daseins mehr oder minder erfreuen, ging die große Eiszeit voraus. In ihr reichten die Gletscher Standimavens bis nach Mitteldeutschland. Noch endlosen Hochstretigkeiten hat man sich jetzt auf die ziemlich einfache Theorie Archenius' einigermassen geeinigt, nach der die geringfügige Klimaänderung (nur ein Sinken der Durchschnittstemperatur um 6 Grad Celsius, wie Rumann nachgewiesen hat, allerdings auf lange Zeitalterszeiten) einfach auf ein Schwanzen des Kohlenäuregehaltes der Atmosphäre zurückzuführen ist. Bevor man aber darauf kam, dachte man mit Vorliebe an Polchwankungen.

Diese Theorie der Polverlagerung ging darauf zurück, daß eines Tages der leitende Äquator einer deutschen Sternwarte, die sich so recht als ruhende Pol in der Erscheinungen flucht vorkam, unangenehm an das Wort des alten Heraklit „Alles fließt“ erinnert wurde — denn die Polhöhe schwankte! Andere Warten bestätigten diese Entdeckung und in der Folgezeit wurde dann festgestellt, daß tatsächlich die Pole nicht festliegen, sondern um geringe Meterzahlen (etwa 20) hin und her pendeln. Da schien es nun einfach, aus der Polwanzenpendelung eine Polwanzenpendelung in der Welt zu machen. Ein halbes Duzend Leute stürzte sich auf Hypothesenkonstruktion. Nicht nur die Erde raste um die Sonne usw. — nicht nur der Mensch war entstanden und würde vielleicht etwas anderes werden —, sondern auf der im ganzen fließenden Erde mit ihrer fließenden Lebewelt floß auch noch die Erdrinde. Die Theorien lauteten verschieden, der eine ließ die schiefe Erdrinde noch schief werden, der nächste wohl die Achse dem gestirnten Himmel gegenüber die gleiche Lage behalten, aber die Erde selbst sich über diese Pole verschieben, der dritte die Erde als Ganzes auf fest bleiben und nur die Erdrinde rutschen. Der eine (Keldsch und Simroth) dachte an ein Hin- und Herpendeln mit Sumatra als dem einen „Schwingepol“ und Südamerika als den anderen; der andere (ein Vater Damian Kreichgauer) ließ die Erdrinde in tollen Zickzackzügen hin und her wandern, bis zum guten Schluß der Nordpol über Landgebiete herrschen sollte, die zu Beginn der Wanderung Südpolarcontinenten gewesen waren. Aber wie die Erdrinde in diesen Theorien, so floß auch die Forschung und die herrschenden Ansichten und die Polwanderungslehren wurden fast restlos wieder begraben. Damit hat aber das Fließen der Erdrinde nicht aufgehört. Aber sie ist in ein neues „harmloseres“ und dafür richtig schwebendes Stadium eingetreten. In das Stadium der Lehre von der „Verschiebung der Kontinente“, die Lehre Alfred Wegeners.

Wegener stellt, wenn er recht hat, und es ist Tatsache, daß er immer mehr an Boden gewinnt, die ganze Geologie und die Urweltforschung auf eine völlig neue und verblüffende Grundlage. Man sehe sich einmal den Globus an. Es sieht doch tatsächlich so aus, als sei die Ostküste Südamerikas mit der Schäre aus der Westküste Afrikas herausgeschnitten worden. Wenn man einmal das Experiment macht, auf einem Globus (nicht einer Erdkarte, da stimmt es nicht durch die durch die Mercatorprojektion hervorgerufene Verzerrung der Küstenlinien) Amerika um Alaska zu drehen, so passen die Küstenlinien genau, wobei man allerdings die Flaksee (Schiff) als Band rechnen muß. Auch Australien und das

Sundainselgestöber läßt sich so zusammenschieben, so daß man einen gewaltigen Urerdeil bekommt. Wegener sagt nun, daß es diesen Urerdeil tatsächlich einmal gegeben habe, und daß die heutigen Erdteile auf dem umgekehrten Wege unseres eben vorgenommenen Experimentes entstanden seien. Das wirkt zunächst fast ungläublich, ist aber ganz gut zu beweisen. Man teilt jetzt ziemlich allgemein die Erde in drei Schichten, der Kern („Nife“, nach seiner Zusammensetzung: Nickel und Eisen, lat. Ferrum), eine Zwischenschicht, die plastisch ist („Sima“, aus Silizium und Magnesium) und die Kontinentalrinde („Sial“, aus Silizium und Aluminium). Die Sialschollen „schwimmen“ nun laut Wegener auf der plastischen Simaschicht wie Eisschollen auf dem Meere. Und trennen sich wie diese. Nur ist das „Eis“ des Beispiels abgekühltes Sialmaterial, das „Wasser“ heißflüssiges, stark auszufließendes, aber doch geringfügig plastisches Tiefensima.

Wie weit die Trennungen der Kontinentalstümpfen zurückliegen, darüber besteht noch Unklarheit. Tatsache ist jedoch, daß man einerseits eine ganze Anzahl Urwelttrüffel, wie z. B. die fonderbare Vereisung der Eiszeiten der anderen großen Eiszeit aus dem Kern des verunkelten Erdteils Gannanland, nur mit Hilfe solcher Kontinentaldrift erklären kann, und daß andererseits eine Verschiebung Grönlands um 980 Meter in der Zeit von 1873 und 1922 so gut wie nachgewiesen ist. Dabei ist besonders hervorzuheben, daß es sich auch hier hauptsächlich um eine Drehung der grönländischen Stalsholle handelt, genau wie um eine Drehung des ganzen amerikanischen Festlandes, wie wir sie oben angenommen hatten. Nach der Rechnung hat Grönland nach vor 100 000 Jahren mit seinem Oststrand an Norwegen gegrenzt, was glatt erklärt, wie der Mensch, dessen Bioge man in Europa oder Asien sucht, dann nach Amerika gekommen ist. Der Mensch ohne Technik und Turbinendampf oder Segelschiffe, wohlverstanden.

Die Kontinentalverschiebungen sind wesentlich Westwanderungen, dazu kommt noch eine „Polflucht“. Beides legt den Gedanken nahe, daß man die treibende Kraft der ganzen Verschiebung wohl hauptsächlich in der Erdrotation und in der Reibung der Gezeitenmelle (Rondflutkraft) zu suchen hat. Andere Kräfte mögen im einzelnen mitwirken.

Also auch hier wieder: „Alles fließt.“ Sogar die Kontinente, die doch „festland“ sein sollen. Was wohl der alte Heraklit selbst dazu sagen würde?

Telegraphie im Altertum. Das Nachrichtenwesen und in Sonderheit die Telegraphie war im Altertum verhältnismäßig hoch entwickelt und wurde den Bedürfnissen ihrer Zeit durchaus gerecht, obwohl natürlich ihr technischer Charakter völlig anders geartet war wie der des modernen Telegraphen. Schon der griechische Dichter Kallippos berichtet in seinem „Agamemnon“ von einem im persischen Reich vorbereiteten Feuer-Telegraphen, der den Hüll von Troja von Insel zu Insel bis nach Argos meldete. Ein großer Fortschritt war dann der um 450 v. Chr. von Ktesibios und Demokritos, zwei griechischen Technikern, erfundene optische Buchstaben-Telegraph, dessen die gesamte antike Kulturwelt Jahrhunderte hindurch bediente und der im römischen Kriegswesen seinen größten Triumph feierte. Dieses System war so aufgebaut, daß das Alphabet auf fünf Tafeln aufgeschrieben wurde, so daß jede Tafel fünf Buchstaben enthielt. Durch Fackelzeichen wurde zuerst die Tafel und dann der Buchstabe gekennzeichnet. Einen anderen, einen optisch-hydraulischen Telegraphen beschreibt um 360 v. Chr. Ktesibios, der Lantier. Hier wurden an den beiden zu verbindenden Stationen gleich große, mit Abblähähnen versehene Wassergefäße aufgestellt. Nach den Signalen einer Fackel öffnete und schloß man die Hähne, wobei der Wasserpiegel bis zu einer bestimmten Marke gesenkt wurde. Aus dieser Marke konnte man eine bestimmte Nachricht, die übermittelt werden sollte, erkennen. Doch dürfte diese Art Telegraphie niemals eine allzu große Bedeutung gehabt haben, da hier nur eine stereotipe Nachrichtenübermittlung möglich war und außerdem weite Entfernungen infolge des viel zu empfindlichen Rohrsystems schwer zu überbrücken waren.

Die Tierwelt im Weinkelter. Der Leiter der Zoologischen Station der Weindauerforschungsanstalt in Neustadt a. d. S., Professor Frh. Siebenbrunn, hat Untersuchungen angestellt über die zahlenmäßig in ihrer Mannigfaltigkeit überraschend große Fauna, der ein Weinkelter Lebensmöglichkeit bietet. Die in Weinkeltern herrschende Temperatur, Wasser- und Kohlendioxidgehalt der Luft und Lichtmangel ergeben ähnliche Lebensbedingungen, wie wir sie in Höhlen vorfinden, und die Tierwelt des Weinkelters erinnert denn auch durchaus an die Höhlenfauna. Während 23 Sammelstunden ergab sich eine Ausbeute von 2388 Tieren, und zwar 930 Schmetterlinge, davon 630 Korkmotten, 620 Fliegen, 602 Käfer, 163 Spinnen, und weiter noch Asseln, Laufentwürmer und Schnecken. Die meisten dieser Tiere sind Kork-, Laufentwürmer und Holzesser; anderen geben Wein- und Essigreste oder sonstige Abfälle, die sich in den Kellern vorfinden, Ernährungsmöglichkeit.

Demokratisierung des Konsums.

Eine Rede gegen die Politik des Konsumentenmords.

Auf der Münchener Tagung des Reichsverbandes des kreditgebenden Einzelhandels hat Universitätsprofessor Bonn-Berlin über wichtige Abnahmepolitik und Demokratisierung des Konsums eine erhellend offenherzige Rede gehalten, die verdient festgehalten zu werden. Er sagte etwa:

Demokratisierung des Konsums bedeutet die Tatsache, daß Millionen von Menschen die gleichen Waren erwerben können und von den Produzenten in der gleichen Art zur Verfügung gestellt erhalten. Möglich ist dies nur dadurch, daß die Lohnempfänger durch

entsprechende Höhe des Reallohns

in der Lage sind, eine derartige breite Käuferschicht zu stellen, die für diese Waren in Frage kommt. Das Programm der Steigerung des Reallohns kann jedoch nur dadurch gelöst werden, daß eine Verbilligung jeder einzelnen Ware in ihrer realen Auswirkung eintritt. Für Deutschland ist die Erreichung dieses Zieles von besonderer Bedeutung, da es gleichzeitig das Problem der gesamten deutschen Wirtschaftslage zu lösen imstande ist.

Die deutsche Wirtschaftspolitik sei in den letzten 20 Jahren bewußter Konsumentenmord gewesen. Man habe sich um den Konsumenten nicht gekümmert. Gegenüber Deutschland, dessen Wirtschaft in Gruppen, Stände und Klassen eingeteilt sei, von denen jede verschiedene Bedürfnisse zeige, sei in Amerika der Konsum nicht klassenmäßig geschichtet. Aus der Gleichheit der Lebenslage kam die Gleichheit der Bedürfnisse und in der Gleichmachung der Bedürfnisse besteihe die wirtschaftliche und gesellschaftliche Demokratie. Dies führe dazu, daß die Produktion typifiziert und modernisiert werde, und daß jeder alles das haben will, was der andere hat. Der amerikanische Arbeiter will als Arbeiter so leben wie der andere. Für die Produktion bedeute das, daß für einen viel größeren Kreis produziert werden könne, und daß die Produktion immer mehr angespannt werde, um die Bedürfnisse zu befriedigen. Dadurch entstehe eine Verbreiterung des Massenabfahses. Eine Förderung der Demokratisierung der Bedürfnisse lasse sich nur auf dem Wege einer immer weitergehenden Verbilligung erreichen. Daraus ergebe sich ein Doppelpasses:

Man könne nur erfolgreich demokratisieren, wenn man verbillige, und man könne nur erfolgreich verbilligen, wenn man demokratisiere.

Durch Drücken der Löhne lasse sich eine Verbilligung der Ware nicht erreichen. Nur durch Schaffung einer kaufkräftigen Konsumentenschaft kann der große Absatz und

damit die Herabsetzung der Kosten, nicht zuletzt jedoch die Verbilligung der Produktion erfolgen.

Auch zur Frage des Abzahlungskredits

machte Prof. Bonn einige beachtliche Bemerkungen. Der ideale Zustand, daß jeder Mensch seine Bedürfnisse nur gegen Barzahlung deckt, dürfte wohl nie erreicht werden. Aus diesem Grunde ist es notwendig, sich mit dem Problem der Kreditgewährung zu befassen. Die Kreditgewährung wird im allgemeinen geteilt in Kredite, die der Erzeuger an den Händler gewährt und ferner in Kredite, die der Händler dem Konsumenten zur Verfügung stellt. Der Kampf um diese zweite Form des Kredites geht gegenwärtig in der deutschen Wirtschaft vor sich, der im besonderen darin gipfelt, daß einmal die Industrie unter Ausschaltung des Großhandels direkt an die Abnehmererschaft heranzubekommen sucht und andererseits mehr und mehr Waren gegen Kredit dem Konsumenten angeboten werden.

Dieser Kredit, der von verschiedenen Seiten angegriffen wird, obwohl er eigentlich nichts Neues bedeutet, sondern immer Dagegewesenes in verstärktem Maße bestätigt, kann nicht als schädlich oder gefährlich für eine Wirtschaft betrachtet werden, sofern seine Ausdehnung nicht eine übermäßige ist. Man kann ferner nicht davon sprechen, daß dieser Kredit zur Anschaffung von Luxusgegenständen verleite, denn mit dem gleichen Recht könnte man die Ausgaben für Alkohol und Tabakwaren als nicht notwendig, ja als unbedingt überflüssig bezeichnen. Wenn der einzelne zu leichtsinnig einen solchen Kredit in Anspruch nimmt, dann ist nur er allein für die Folgen verantwortlich.

Die Erfahrungen haben bereits gelehrt, daß von dieser Seite der Wirtschaft keine Gefahr droht. Die Beschränkungen, die man wegen des Konsumentenkredits bei einer eventuell eintretenden Krise ausspricht, sind ebenfalls nicht richtig. Es ist grundsätzlich gleichgültig, ob Forderungen der Händler durch eine Wirtschaftskrise unbeitreibbar werden und diese nicht in der Lage sind, eingegangene Verpflichtungen abzudecken, oder ob große Industrieunternehmen Ware erzeugt haben, die sie nicht absetzen können und hierdurch nicht imstande sind, Schulden zu begleichen. Daher muß man die Frage des Konsumentenkredits als einen immerhin wichtigen Faktor der deutschen Wirtschaft betrachten.

Natürlich hat Prof. Bonn hier den Käuferkredit für größere Anschaffungen, die für die breiten Massen fast regelmäßig auf Abzahlung erfolgen, nicht die sogenannte Konsumfinanzierung im Auge, die auch auf der Münchener Tagung als vorübergegangen bezeichnet wurde.

und bedeutende Erweiterungen für das Großkraftwerk Klingenberg in Rummelsburg sichern den betreffenden Abteilungen, die mit auswärtigen Aufträgen stark eingebüßt sind, Beschäftigung auf lange Sicht. Auch bei der erst im vorigen Herbst gegründeten Kohleerwertungs-A.G. herrscht Hochbetrieb. Es sind bereits 23 Schmelzen im Betrieb oder im Bau, während eine große Anzahl neuer Projekte in Bearbeitung sind.

Der zurzeit vorliegende Auftragsbestand des AEG-Konzerns übertrifft den des Vorjahres um 70 Proz. Es bedarf also keines besonderen Beweises, daß es dem Unternehmen glänzend geht. Sehr viel weniger glänzend geht es den 65 000 Arbeitern und Angestellten der AEG, die erst im Sommer während des Lohnkonflikts feststellen konnten, daß die Direktion die Stärkung des Binnenmarktes theoretisch zwar sehr hoch schätzte, ihr bei erforderlichen Lohnerhöhungen aber doch lieber aus dem Wege geht.

Auch der Kłodnerkonzern erhöht.

Die Kapitalerhöhungswelle setzt sich auch in der Schwerindustrie fort. Nachdem kürzlich erst der Doppeltkonzern Hoeschwerke-Köln-Neueisser Bergwerksverein sein Kapital um 32 Millionen zu vermehren beschlossen hat, erhöht jetzt der Kłodnerkonzern um 16 bis 18 Millionen. Die neuen Gelder sollen zum Ausbau der Montanwerke und zur Errichtung neuer Stickstoffanlagen dienen. Auch die Harpener Bergbau A.G. soll eine erhebliche Kapitalerhöhung beschließen.

Die erste Großmühle der Konsumvereine.

In Magdeburg hat die Großeinkaufsgesellschaft des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, nachdem durch den Krieg und die Inflation die Errichtung eigener Großmühlen immer wieder aufgeschoben werden mußte, jetzt die erste G.E.G.-Mühle in Betrieb genommen. Der mächtige, am Wasser und für große Getreidefähige erbaute Bau, wird von Rührschnecken nicht nur als eine der modernsten, sondern auch als eine der schönsten Mühlenbetriebe Deutschlands bezeichnet. Der Betonbau nach dem neuesten benannten Suka-System faßt etwa 7500 Tonnen. Die pneumatische Sauganlage kann stündlich 50 Tonnen aufnehmen, so daß eine Rahmablauf von hundert Tonnen in zwei Stunden gelöst wird. Eventuell feucht gewordenes Getreide wird durch eine Heißlufttrockenanlage in einwandfreien Zustand gebracht. Sechs Schälmaschinen mit Entlüftung für Weizen, vier für Roggen und drei für Hartweizen, sorgen für die Reinigung. Im Rührgebäude sind 55 Walzenmühle eingebaut. Die 24stündige Leistung beträgt 75 Tonnen Roggen, 100 Tonnen Weizen, 25 Tonnen Hartweizen zur Hartgrießfabrikation, 12 Tonnen Hafer zur Haferflockenfabrikation und neun Tonnen Gerste zur Herstellung von Graupen. Die her-

gestellten Mehle werden in der modern eingerichteten Versuchsbäckerei vor der Verladung auf Backfähigkeit und Ergiebigkeit gepriift.

Die Arbeiterschaft und die Mitglieder der Konsumvereine werden dieses neue Zeugnis für die Aktivität der Großeinkaufsgesellschaft mit Freuden begrüßen. Mit der ersten Großmühle ist ein neuer und sehr wichtiger Schritt getan, um den Produktionsring in der Eigenherzeugung des wichtigsten Nahrungsmittels, des Brotes, zu schließen. Hoffentlich wird es bald gelingen, durch die Errichtung weiterer Mühlen sich nicht nur in der Erzeugung von Brot, sondern auch in der Beschaffung von Mehl und anderen Mühlenprodukten von der Privatwirtschaft unabhängig zu machen.

Stärkere Entlastung der Reichsbank. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. September hat die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 171,2 Millionen auf 2446,9 Millionen Mark abgenommen; und zwar hat sich der Bestand an Wechseln und Schecks um 208,1 Millionen auf 2290,4 Millionen Mark vermindert, während der Lombardbestand um 36,8 Millionen auf 64,2 Millionen Mark abgenommen ist. Die Anlage in Effekten ist mit 92,3 Millionen Mark weiterhin unverändert geblieben. An Reichsbanknoten und Rentenbanknoten zusammen sind 174,6 Millionen Mark in die Kassen der Bank zurückgeflossen; im einzelnen hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 188,0 Millionen auf 3642,0 Millionen Mark und der an Rentenbanknoten um 16,6 Millionen auf 951,0 Millionen Mark verringert. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbanknoten auf 91,2 Millionen Mark erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 668,0 Millionen Mark eine Abnahme um 17,6 Millionen Mark. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen insgesamt haben um 5,6 Millionen auf 2004,2 Millionen Mark abgenommen; im einzelnen haben sich verringert die Bestände an Gold um 214 000 Mark auf 1852,4 Millionen Mark und die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 5,4 Millionen auf 151,8 Millionen Mark. Die Deckung der Noten durch Gold allein besserte sich von 48,8 Proz. in der Vorwoche auf 50,9 Prozent, diejenige durch Gold und bedienungsfähigen Devisen von 52,9 Prozent auf 55 Proz.

Wie Gelder verschleudert werden! Die jetzige Verwaltung der Reichertieg-Deutsche Wert A.-G. demontiert in bürgerlichen Blättern unsere vor einigen Tagen gebrachte Mitteilung über die an ihre früheren Direktionsmitglieder Freitag und Schüller gezahlten riesigen Abfindungssummen. In dem Dementi wird behauptet, daß die genannten Summen die wirklich gezahlten Beträge um ein Vielfaches übersteigen. Wir möchten der Verwaltung zumächst die mit ihrem Direktor Schüller geführten Verhandlungen ins Gedächtnis zurückrufen und die nachstehenden Fragen stellen: Haben sich diese Verhandlungen nicht auf Summen von 200 000 M. und 250 000 M. bezogen? Unser Gewährsmann behauptet, hierfür notfalls mit vollgültigen Zeugen aufwarten zu können. Wegen über diese Verhandlungen nicht auch schriftliche Dokumente vor, die mit dem Dementi — oder wenigstens mit dem, was herausgesehen werden soll — nur schlecht, mit unseren Mitteilungen aber um so besser in Einklang zu bringen sind? Hat nicht ferner Direktor Freitag, der Hauptchef der früheren Reichertieg-Werke u. Freitag Kalk., der Wert eine Forderung von 600 000 M. zur Abgeltung seiner Rechte unterbreitet, nachdem er sich bis zum allerletzten Augenblick gegen seine Absetzung zur Wehr gesetzt hatte? Ist, um einer von ihm eventuell beabsichtigten Preispolenik über Interneta unter der Aera Reichertieg-Deutsche Wert Aktiengesellschaft vorzubeugen, von dieser Summe mehr oder weniger als 200 000 M. gestrichen worden? Welche gibt uns die Verwaltung der Wert auf diese Fragen positive Antworten. Wir sind gespannt darauf, welche bestimmte Zahlen sie den von uns genannten Summen gegenüberstellen wird.

Abstempelung der neuen Reichsanleihe. Der herausgegebene Zinsfuß der sechszehnjährigen Reichsanleihe von 1927 soll auf den Schuldverschreibungen und den Zinscheinen kenntlich gemacht werden. Die Reichsschuldenerverwaltung fordert aus diesem Grunde die Inhaber der Schuldverschreibungen der Deutschen Reichsanleihe von 1927 auf, die Stücke mit den Zinscheinenbogen und einem von dem Emittenten unterzeichneten Nummernverzeichnis in der Zeit vom 20. September bis zum 20. Oktober 1927 bei der Kontrolle der Reichspapier in Berlin SW. 68, Oranienstr. 106 und außerhalb Berlins bei der nächsten Reichsbankanstalt zur Abstempelung einzureichen. Die Inhaber der Stücke erhalten dieselben Stücke wieder zurück, die sie zur Abstempelung eingereicht haben. Sie müssen damit rechnen, daß die Wertpapiere nach Ablauf der Frist an den Börsen nur noch im abgestempelten Zustand lieferbar sein werden. Kosten oder andere Gebühren werden von den Inhabern der Schuldverschreibungen nicht erhoben.

Englische Textilmaschinen in Deutschland. Das englische Fachblatt „Textile Mercury“ veröffentlicht Ziffern über den Umfang der englischen Textilmaschineneinfuhr nach Deutschland in den ersten acht Monaten dieses Jahres, die im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Plan der englischen Textilmaschineneinfuhr, der deutschen Textilindustrie zur Erneuerung ihres Maschinenparks umfangreiche langfristige Kredite zur Verfügung zu stellen, von besonderer Bedeutung sind. Danach wurden von Deutschland aus England in den ersten acht Monaten dieses Jahres Textilmaschinen im Werte von 506 858 Pfund Sterling eingeführt gegen 329 984 Pfund in der gleichen Zeit 1926 und 494 559 Pfund in 1925. Für die letzten Monate läßt sich eine starke Zunahme in der deutschen Textilmaschineneinfuhr aus England feststellen, die sich von 585 Tonnen im Mai auf 664 Tonnen im Juni auf 815 Tonnen im Juli und weiter auf 1051 Tonnen im August erhöht hat. Allein im August stellte sich der Wert der von Deutschland bezogenen englischen Textilmaschinen auf 103 758 Pfund Sterling oder weit über 2 Millionen Mark.

Die Juteindustrie senkt auch einmal die Preise. Nachdem die Herren der Juteindustrie fast ein halbes Duzend mal die Verkaufspreise heraufgehakt hatten, jedesmal um 2 Pfennig, gehen sie jetzt mit 2 Pfennig pro Kilo wieder einen Schritt zurück. Man muß saan zur rechten Zeit, um Eindruck zu machen. Die Jutespinnerei und Weberei A.-G. Kassel hat nämlich Bombengewinne zu verzeichnen, nachdem die Jutebörren bisher nicht genug Kagen konnten. Das Kasseler Werk verdoppelt nämlich seine Dividende, und zwar von 10 auf 20 Prozent!

AEG. jetzt 186 Millionen Kapital.

Starker Ausbau. — Hochkonjunktur in allen Abteilungen.

Wir haben früher schon gemeldet, daß die AEG. ihr Kapital erhöhen will. Die getrigte Generalversammlung hat die Erhöhung des Kapitals um 30 Millionen Mark genehmigt. Damit erreicht das Kapital dieses Konzerns einschließlich der Vorzugsaktien 186 Millionen Mark.

Der im Verlauf der allgemeinen Konjunktur aufgetretene Kapitalmangel der Industrie — wir erinnern an die kürzlich vorgenommenen Kapitalerhöhungen in der Kunstseidenindustrie und bei den Stahlkonzernen Mannesmann und Hoesch — tritt bei den Elektrotechnikern jetzt besonders in Erscheinung. So hat erst im vergangenen Monat die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke A.-G. zur Finanzierung eines umfangreichen Neubauprogramms eine Anleihe von 60 Millionen Mark in Amerika aufgenommen, die Bergmann Elektrizitätswerke A.-G. Berlin hat ihr Kapital um 11 Millionen auf 44 Millionen Mark erhöht und der Siemens-Schuckert-Konzern hat sein Kapital bei der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft von 90 Millionen auf 120 Millionen festgesetzt. Der Bedarf nach größeren eigenen Mitteln ist also in der gesamten Elektrotechnik vorhanden. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Die Möglichkeiten einer Verbrauchssteigerung an Elektrizität sind in Deutschland noch sehr groß, wird doch der deutsche Stromverbrauch pro Kopf der Bevölkerung sogar von einer Anzahl südamerikanischer Staaten übertroffen. Dazu kommt eine fortschreitende Konzentration der energieerzeugenden Werke zu Großkraftwerken und die Stromübertragung auf weite Strecken. Außer dem ständig steigenden Strombedarf des Inlandes zwingen auch die Fortschritte in der Wärmetechnik die Elektrizitätsindustrie zu laufenden Umstellungen und Reinvestitionen.

In diesem Zusammenhang gab Generaldirektor Deutsch über die Entwicklung des AEG-Konzerns nähere Erklärungen ab. So wurde zur Deckung des starken Bedarfs an Installationsmaterial, den die drei im Erzgebirge arbeitenden Werke nicht bewältigen konnten, eine neue Fabrik in Freiberg errichtet. Auch die in Dreptow arbeitenden Betriebe können den Bedarf an Schaltgeräten und Meßapparaten nicht mehr decken und machen weitere Werksausbauten erforderlich. Der Transformatorfabrik wurde ein neues Kraftwerk mit Kohlenstaubfeuerung angegliedert und die Umstellung in der Turbinenfabrik auf neue dampfspannende Typen durchgeführt. Die für diese Wertstoffe vorliegenden Aufträge stellen einen Rekord der bisher von der AEG. oder anderen europäischen Turbinenfabriken erlangten Aufträge dar. Der stark aufschwung des Kabelelektrogeschäft hat zu dem Bau eines neuen Kupferwalzwerks geführt, das die leistungsfähigste Walzanlage dieser Art auf dem europäischen Kontinent darstellt. Die Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn



Ich hab' eine Kameradin - Eine bessere find' ich nicht!..

Maffary Delft Edel wie der Name!



